Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle. Leipzigerstraße 14. Tel. 1045 1047 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Konto: Mitteldeutsche Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 42. Fritz Kroh Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 18. Januar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 14

Der Gesetzentwurf

für Enteignung der Fürsten

Der Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat die zur Durchführung des Volksbegehrens erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Getragen von der Zustimmung breitester Volkskreise, die sich in Tausenden von Zuschriften aus allen Teilen des Reiches äußert, reicht der Ausschuß dem Reichsministerium des Innern folgenden Gesetzentwurf ein:

Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der früheren Fürstenhäuser

Gemäß Artikel 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zum Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen ihrer Familien und Familienangehörigen wird zum Zwecke der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das Kapitalvermögen geht in das Eigentum des Reiches über. Das übrige Vermögen, insbesondere die landwirtschaftlichen Güter, Forsten und Bergwerke, wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung regiert hat.

Artikel II

Ueber die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen wird folgendes bestimmt:

1. Das Kapitalvermögen wird zur Erhöhung der Fürsorgeleistungen für Hilfsbedürftige, besonders für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene verwendet.

2. Die landwirtschaftlichen Güter werden zur Linderung der Landnot kleiner Bauern, Pächter und Landarbeiter verwendet.

3. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen —, die mit Bezug auf die nach Artikel I enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig."

Der Ausschuß richtet einen eindringlichen Appell an alle Schichten der Bevölkerung, ihn bei der Durchführung des Volksbegehrens, das die Einleitung zum Volksentscheid bildet, tatkräftig zu unterstützen. In allen Städten, in allen Gemeinden müssen Ausschüsse gebildet werden, die die Massen aufrufen und das Volksbegehren zu einer machtvollen Kundgebung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestalten.

Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale). Deutsche Liga für Menschenrechte, e. V. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Gemeinschaft der proletarischen Freidenker. Reichsbund deutscher Kleinbauern. Roter Frontkämpfer-Bund. Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde. Internationale Arbeiter-Hilfe. Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände. Verein sozialistischer Aerzte. Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter. USPD. Kartell selbständiger Verbände. Sozialistischer Bund. Internationaler sozialistischer Kampfbund. Naturwissenschaftlicher Verein für Biochemie und Lebensreform. Physikalisch-Diätetischer Kampfbund. Arbeiter-Jugd-Bund. Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Deutscher Zweig. Pazifistischer Studentenbund. Freie Aktivistische Jugend. Bund für radikale Ethik.

Der Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten haben außerdem durch Zuschriften an den Ausschuß zugestimmt:

Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Weißenfels. Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin. Kartell für Sport- und Körperpflege, Groß-Frankfurt. Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Heilbronn. Vereinigte Rechtsschutzverbände e. V. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Eßlingen. Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Hammerstein. Ortsausschuß des ADGB., Neuiges-Tönisheide. Die Ortsgruppen Potsdam, Apolda und Dörnigheim des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Arbeiter-Sport- und Kulturkartell, 5. Bezirk, Friedrichshain. Turn- und Sportverein Fichte, Groß-Berlin. Jungproletarischer Bund. Ring revolutionärer Jugend.

Berlin, 16. Januar 1926.

Adresse: Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids (Dr. Kuczynski), Berlin W 66, Wilhelmstraße 48 III.

Die Stimme aus den Betrieben

Für Volksentscheid — Gegen den Fürsten-Nörpel vom ADGB.

In einer Belegschaftsversammlung der Firma Feger & Co., Lawendorf, wurde einstimmig angenommen folgende

Resolution:

Die am 16. Januar 1926 stattgefundene Belegschaftsversammlung der Firma Feger protestiert ganz entschieden gegen den Raubzug der Fürsten. In einer Zeit, da die Wirtschaftskrise furchtbare Dimensionen angenommen hat, wo Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen und mit ihren Familien verhungern können, ist es ein doppeltes Verbrechen, dem Ausreißer und seiner Sippschaft Millionen in den Rachen zu werfen. **Die Belegschaft verlangt vom ADGB., daß er die nötigen Schritte unternimmt, um einen Volksentscheid für die restlose Enteignung der Fürsten herbeizuführen.**

Desgleichen **protestiert die Belegschaft auf das schärfste gegen die Ausführungen des ADGB.-Vertreters Nörpel, der in Bezug auf Fürstenabfindung nur Hohn und Spott für die Arbeiterklasse übrig hat, anstatt sich mit allen Kräften an die Spitze der Kampfmaßnahmen der revolutionären Arbeiterschaft zu stellen.** Die Belegschaft verspricht, **restlos einzutreten für den Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung.**

Ein glänzender Auftakt zum Volksbegehren

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. Januar.

Die Kommunistische Partei und der Rote Frontkämpfer-Bund Neukölln hatten gestern zur **Unterschriftensammlung für die Unterstützung des Volksbegehrens** aufgerufen. Es waren 6000 Unterschriften notwendig, die durch Haussammlung aufgebracht werden sollten. **Der Ansturm der Neuköllner Wahlberechtigten übertraf alle Erwartungen.** Es waren bei weitem nicht genügend Listen vorhanden, um allen, die sich bereit erklärten, Gelegenheit zur Unterschrift zu geben. Auf den vorhandenen Listen waren am Sonnabend und Sonntag **28 000 Wahlberechtigte** eingetragen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Haussammlung **nur wenige Stunden** vor sich ging, und nicht alle Stadtteile besucht wurden. In Neukölln erhielt die KPD. bei der Wahl am 7. Dezember 1924: **35 820 Stimmen** nach wochenlangem Wahlkampf. Die Zahlen vom 7. Dezember und von gestern beweisen, daß **die Massen bereit sind, sich für die entschädigungslose Enteignung einzusetzen.**

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter in einer Front

Kundgebungen für entschädigungslose Fürstenenteignung in Mücheln und Kemberg

Wie elementar die Bewegung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Arbeiter ist, zu einer Einheitsfront zu gelangen zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Fürstenenteignung, sah man bei der gestrigen Kundgebung in Mücheln, die die Arbeiterorganisationen mit Einschluß der SPD., aber ohne das Reichsbanner, veranstaltet haben. Trotzdem besonders die Reichsbannerleitung und auch die bezirklichen Führer der SPD. versucht haben, diese gemeinsame Kundgebung unmöglich zu machen, **demonstrierten sozialdemokratische Arbeiter mit ihrem roten Banner im Zuge, und zahlreiche Reichsbannerproleten in Uniform nahmen an der Versammlung teil.**

Die Kundgebung in Mücheln war eine der wuchtigsten, die man in diesem Orte jemals gesehen hat. Den Arbeitern ist wieder gezeigt worden, **welch eine Macht sie darstellen, wenn sie einig sind.**

Am Demonstrationszug beteiligten sich gut 500 Arbeiter, was für den Ort Mücheln ein großer Erfolg ist. In der Versammlung im „Schützenhaus" sprach als erster der **Kollege Eitling** für die Sozialdemokratische Partei. Kein Angestellter der SPD., sondern ein Arbeiter aus dem Betriebe, führte er auch eine **proletarische** Sprache. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen, die **entschädigungslose Enteignung der Fürsten verlangten.** So ergaben sich keine Differenzpunkte mit dem nachfolgenden Redner der KPD., dem Genossen Maslowski. Dieser nützte die Ausführungen Eitlings politisch, um zu einem **Appell für die Bildung der kampffähigen proletarischen Einheitsfront von unten aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus mit dem Ziel, vor allen Dingen erst einmal die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer unmöglich zu machen, und jetzt im Falle des Fürstenraubs dafür zu sorgen, daß die Absichten der SPD.- und Reichsbannerführung, den Fürsten eine Abfindung zu gewähren, zunichte gemacht werden.** In diesem Sinne wurde anschließend noch ein Vertreter der Kriegsbeschädigten gesprochen und eine vom Kollegen Eitling eingebrachte Resolution auf entschädigungslose Fürstenenteignung einstimmig angenommen.

•

Angenommen wurde nach einem Referat des Genossen Lademann in einer Kundgebung in **Kemberg** folgende

Entschließung:

Die heute in Kemberg vom **Gewerkschaftskartell, KPD., SPD., Reichsbanner, RGV.** und **sonstigen Arbeiterorganisationen** einberufene öffentliche Volkskundgebung gegen die Fürstenentschädigung beschließt, sich mit allen Mitteln einzusetzen für einen **Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung aller deutschen Fürstenhäuser.** Wir verlangen, daß alle zur Verfügung stehenden Gelder aus den Fürstenvermögen zur Linderung der Notlage der Erwerbslosen, Invaliden, Rentner usw. verwandt werden.

Heute Einleitung des Volksbegehrens

Fort mit allen Verwirrungsmanövern — Einheitliche Front für entschädigungslose Fürstenenteignung

Halle, 18. Januar.

Am heutigen Montag wird der nebenstehende Gesetzentwurf eingereicht und damit der Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung durch den Antrag auf **Volksbegehren eingeleitet.** Rasches Handeln war um so notwendiger, als sich, wie wir am Sonnabend mitgeteilt haben, die sogenannten **Mittelparteien des Reichstages zusammengeschlossen haben, um den Fürsten ihren Raub zu sichern.** Diese angeblich republikanischen Parteien, die die SPD.-Führung den sozialdemokratischen Arbeitern immer als Schützer der Republik präsentiert hat, haben bekanntlich ein Kompromiß zustande gebracht, nach welchem beim Reichsgericht ein Schiedsgericht gebildet werden soll, das über die Fürstenansprüche rechtskräftig und endgültig zu entscheiden hat. Es bedarf gar keines Wortes mehr, daß die **Auslieferung der Fürstenfrage an die deutsche reaktionäre Justiz die Erfüllung aller Wünsche der fürstlichen Räuber bringen würde.**

Vom sozialdemokratischen Parteivorstand ist man ja allerhand schon gewöhnt, aber für diesen schamlosen Schachzug seiner bürgerlichen Koalitionsfreunde hat er sich angesichts der Stimmung der breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter doch nicht auszusprechen gewagt. Er unternimmt vielmehr ein etwas geschickteres Manöver, um schließlich doch seine Absicht, **die Fürsten mit „Abfindungen" zu bedenken, in Erfüllung gehen zu lassen.**

Nachdem die Kommunistische Partei und viele andere politische, soziale und kulturelle Organisationen seit Wochen **immer wieder die SPD. und den ADGB. eingeladen haben, über einen gemeinsam durchzuführenden Volksentscheid zu verhandeln,** und nachdem jetzt diese Organisationen, weil es 5 Minuten vor 12 Uhr ist, den Antrag **auf Volksbegehren ohne ADGB.- und SPD.-Führung stellen mußten,**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0001

ausgerechnet in diesem Moment versuchen die SPD.-Führer eine Gegenmine zu legen.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß auch die SPD.-Führung voraussichtlich einen Entwurf für einen Volksentscheid verfassen und daß der am morgigen Dienstag zusammentretende Parteiausschuß der SPD darüber beraten werde. In welchem Geiste diese „Aktion" in Szene gesetzt werden soll, zeigen die Ausführungen des Zentralorgans der SPD., des „Vorwärts" vom gestrigen Sonntag.

Er erklärt die **entschädigungslose Fürstenenteignung und die Verwendung des enteigneten Vermögens für soziale Zwecke schlankweg zu einer „Parteisache der Kommunisten".** Wenn das eine Parteisache der Kommunisten ist, dann vertreten wir, worauf wir stolz sind, eine **wahrhaft gute, eine proletarische Sache!** Dagegen brauchen wir also nicht zu polemisieren, zumal wir auch wissen, daß selbst der **letzte sozialdemokratische Arbeiter** grade heraus erklären muß: Das, was die Kommunisten in diesem Falle fordern, das ist Sache des **gesamten deutschen Proletariats.** Nach der Bemerkung von der „Parteisache der Kommunisten" sagt der Vorwärts" weiter: „Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich ihre Haltung nicht von den Stichwort-gruppen vorschreiben lassen kann." Auch das ist reichlich dumm begründet. Denn selbst der letzte sozialdemokratische Arbeiter weiß wiederum, daß sich die Kommunistische Partei und all die zahlreichen anderen Organisationen **seit Wochen immer wieder und immer wieder Mühe gegeben haben, gerade die Zersplitterung zu vermeiden,** indem ein einheitliches Vorgehen aller Arbeiterorganisationen erstrebt wurde, in welchem Bestreben sie aber von denselben **sozialdemokratischen Führern,** die heute von Zersplitterung reden, **sabotiert** wurden. Schließlich urteilt der „Vorwärts" über den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf der KPD. und der übrigen Organisationen folgendermaßen:

„So wie der Antrag vorliegt, werden starke juristische Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit erhoben werden dürfen."

Das ist zwar sehr vorsichtig gesagt, aber gerade weil das der Fall ist, ist es notwendig, **rücksichtslos den Schleier fortzuziehen,** der vorläufig geschickt vor diese Worte gezogen ist, damit die sozialdemokratischen Arbeiter ihren **wirklichen Sinn nicht erkennen.** Unter „juristisch einwandsfrei" versteht der „Vorwärts" selbstverständlich nichts anderes, als einen Entwurf **„im Sinne der Verfassung",** d. h. im Sinne des **Privateigentums,** das nach der **Weimarer Verfassung heilig ist.** Hier lehrt derselbe Gedanke wieder, den wir schon wiederholt gegeißelt haben: **jener Gedanke, auf den sich auch die Deutschnationalen berufen,** die da sagen, **die Fürsten müßten gesetzlich, gemäß** der Verfassung **behandelt werden.** Diese gesetzliche Behandlung bedeutet nichts anderes als das, **was die bürgerlichen Demokraten auch wollen,** nämlich **nicht Enteignung und erst recht nicht entschädigungslose Enteignung, sondern Abfindungen, d. h. neue Millionen für die Fürsten.**

Es geht hier also **grundsätzlich** um die entscheidende Frage:

Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung.

Das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter deutlich sehen. **Dazu** müssen sie Stellung nehmen!

Vor allen Dingen sagen wir aber den **sozialdemokratischen Arbeitern** heute schon voraus, daß man wieder versuchen wird, die Kommunisten als die „Störenfriede" darzustellen, die angeblich die Wegnahme von Fürstenvermögen durch ihre „Eigenbrötelei" verhindern. Die Fürstenknechte haben durch die „Vossische Zeitung" bereits das Stichwort, das ihnen die Zuschanzung von Millionen an die Fürsten erleichtern soll, gefunden. Die „Vossische Zeitung", sich dabei ganz deutlich der Ideologie des „Vorwärts" nähernd, schreibt:

„Der kommunistische Entwurf, der wenig Aussicht auf Annahme bei einem Volksentscheid hat, da trotz der allgemeinen Erregung die Mehrheit für eine bescheiden bemessene Abfindung eintritt, wäre tatsächlich das beste Mittel, um den Fürsten zur Erfüllung ihrer Wünsche zu verhelfen."

Mit dieser verlogenen Parole soll also der Kampf **für** die Fürsten geführt werden. Wir wissen aber, daß es diesmal den Herren „Republikanern" nicht gelingen wird, die famose Theorie von den kommunistischen Steigbügelhaltern der Reaktion den sozialdemokratischen Arbeitern plausibel zu machen. Dazu ist es denn doch zu offensichtlich, wie klar und proletarisch die KPD. in der Frage des Fürstenraubzuges handelt. Dazu haben sich sozialdemokratische Arbeiter in zahlreichen Kundgebungen, die in den meisten Orten **von allen proletarischen Organisationen** unternommen wurden, denn doch zu deutlich davon überzeugt, **daß die Kommunisten nur das fordern, was ihnen allen als eine selbstverständliche proletarische Pflicht erscheint.**

Darum, trotz aller Sabotageversuche: **Massen heraus für den Volksentscheid! Für entschädigungslose Fürstenenteignung!**

Die Regierungsmacher immer noch nicht einig

Unzufriedenheit mit dem „fertigen" Kabinett

Am Sonnabendabend wurde folgende Ministerliste als endgültig bezeichnet:

Reichskanzler: Dr. Luther;
Aeußeres: Dr. Stresemann;
Inneres: Koch (Dem.);
Wirtschaft: Bürgers-Köln (Zentr.), Direktor des Schaafhausenschen Bankvereins;
Finanz: Reinhold (Dem.), ehem. sächsischer Finanzminister;
Arbeit: Brauns (Zentr.);
Landwirtschaft: Hepp (DVp.), Präsident des Reichslandbundes;
Verkehr: Krohne (DVp.);
Justiz und besetzte Gebiete: Marx (Zentr.);
Post: Stingl (Bayr. Vp.);
Reichswehr: Geßler.

Der Sonntags-„Vorwärts" ist über diese Ministerliste so entzückt, daß er schon von vornherein dieser Regierung auf alle Fälle die Unterstützung zusagt. Darüber hinaus bemüht sich der „Vorwärts" in derselben Nummer noch einmal in einem Leitartikel mit der Ueberschrift „Koalitionspolitik — eine Frage der Zweckmäßigkeit — nicht des Prinzips", der ganzen Welt plausibel zu machen, daß er unter allen Umständen immer und zu jeder Zeit für eine Koalitionspolitik zu haben sei. Er schließt diesen Artikel mit dem Satz: „Die Große Koalition war heute nicht möglich, aber es lag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion **völlig fern,** mit ihrem Beschluß gegen die Große Koalition, der Koalitionspolitik an sich abzuschwören." Alle diese Liebenswürdigkeiten für das neue Kabinett von seiten des „Vorwärts" — trotzdem Herr Geßler weiter das Reichswehrministerium leiten wird —, trotzdem Hepp Landwirtschaftsminister werden soll, der bislang Chef des Landbundes gewesen ist, einer Organisation, die in den letzten Monaten eine Korruptionswolke nach der anderen hat aufsteigen lassen.

Wie nun der „Montag-Morgen" meldet, ist selbst diese nach langem Hin- und Herschieben zurechtgeschobene Regierung **noch nicht endgültig,** da die **Bayrische Volkspartei nicht mitmachen will.** Desgleichen wollen die Deutschnationalen das Kabinett noch etwas mehr nach rechts dirigieren. Dadurch ist wieder alles in der Schwebe, weil die Frage des **Innenministeriums,** das vorläufig dem Demokraten Koch zugedacht ist, wieder zum Streitobjekt werden dürfte. Wenn andererseits der deutschnationale Einfluß besonders durch die Kandale der Bayrischen Volkspartei noch stärker werden wird, als er es bisher schon ist, besteht die Möglichkeit, daß die Demokraten die Regierungsbeteiligung nicht mitmachen. (Das wird besonders der Fall sein, wenn man ihnen das Innenministerium nicht zugestehen wird.) Ob das aufgestellte Kabinett bleiben wird oder nicht, hängt von der Entschließung der Bayrischen Volkspartei ab, die Montag nachmittag über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts einen endgültigen Beschluß fassen wird.

Soll Hörsing wieder in den Reichsrat?

Eine Provokation der mitteldeutschen Arbeiter — Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sie verhindern

Zum siebenten Male jährte sich der Tag, an dem die besten revolutionären Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, das Opfer der deutschen Konterrevolution wurden. Sie fielen durch Meuchelmord unter den Streichen einer Soldateska, die von den Sozialdemokraten Ebert, Noske, Scheidemann den Auftrag hatten, die deutsche Revolution zu vernichten.

Man kann nicht oft genug die Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen, an diese blutige Rolle ihrer Führer gegen das revolutionäre Proletariat seit 1918 erinnern. Vielleicht ist es gerade in diesen Tagen besonders notwendig, wo breite Massen von SPD.-Arbeitern sich anschicken, der konterrevolutionären, koalitionslüsternen Führerschaft die Gefolgschaft aufzusagen. Der unter dem Druck der sozialdemokratischen Organisationen erzwungene Beschluß der Reichstagsfraktion gegen die Große Koalition ist der erste Schritt zu dem Versuch der Arbeiter in der SPD., die Führerdiktatur zu brechen, die bisher die Interessen der Bourgeoisie vertrat. Dieser Schritt ist zugleich ein Protest gegen die Blutpolitik, die seit 1918 sozialdemokratische Regierungsleute gegen das revolutionäre Proletariat durchführten, um die Koalitionspolitik zu stützen.

In zwei Monaten werden wir mitteldeutschen Arbeiter ein Jubiläum feiern: **die fünfjährige Wiederkehr der Märzkämpfe von 1921.** Jener blutigen Metzelei, die auf Verlangen der mitteldeutschen Industriellen, auf Anordnung des sozialdemokratischen Innenministers Severing durch den sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing mit einem Riesenaufgebot von Schutzpolizei und Reichswehr ins Werk gesetzt wurde. Der Zweck dieses Verbrechens war, die festen revolutionären Stützpunkte des mitteldeutschen Proletariats, Mansfeld und das Leunawerk, zu brechen und durch Niederschlagung der Arbeiterschaft dem Unternehmertum die Bahn freizumachen für den **Raub des Achtstundentages, Kürzung der Löhne, Beseitigung der Betriebsratsrechte und Säuberung der Betriebe von aufrechten Arbeitern.** Das Emporwuchern der gelben Streikbrechterorganisationen in den Betrieben von Bergbau und Chemie, für das sozialdemokratische Linienkulis so gern die Politik der KPD. verantwortlich machen möchten, war die direkte Folge der Niederschlagung der mitteldeutschen Arbeiter durch die Märzaktion der Severing und Hörsing.

Der Charakter der kriegerischen Polizeiaktion gegen Mitteldeutschland, als in provokatorischer Absicht und im Interesse des Unternehmertums unternommen, steht vor der Geschichte fest. Haben sich doch die beiden regierenden Sozialdemokraten selber zu ihrem Plan in den Verhandlungen des Landtages und in der Literatur bekannt. Severing sagte, daß er mit der Verlegung der Polizeitruppen nach Mansfeld „die Gewitterschwüle vorzeitig zur Entladung bringen wollte". Und Hörsing prägte auf Grund von Zeugenaussagen, die er bisher nicht bestritten hat, das brutale Stichwort für die Entfesselung der blutgierigen Düsseldorfer Schupo: **„Je blutiger der erste Tag, um so besser; um so schneller geht die Geschichte zu Ende."**

Was Noske für das deutsche Gesamtproletariat ist — sein Henker —, was der Fürstenanwalt Heine und Severing für Preußen, das ist Hörsing für Mitteldeutschland. Er hat in der Provinz Sachsen nur die Rolle weiter gespielt, die er vor seiner Magdeburger Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar mit der Niederwerfung der klassenbewußten Arbeiter in Oberschlesien begonnen hatte. Die SPD.-Arbeiter müssen sich, wenn sie ernsthaft den Willen haben, zur roten, revolutionären Einheitsfront des Gesamtproletariats zu kommen, den Kampf gegen die verräterische Koalitionspolitik auswetzen zu einem Kampf gegen die bluthefleckten Führer in ihrer Partei, die ja — wie die Beispiele Ebert, Noske, Severing, Hörsing beweisen — stets auch die Verfechter der Koalitionspolitik gewesen sind.

Der Oberpräsident Hörsing spielt in der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere in Mitteldeutschland, eine große Rolle. Er ist der erste Führer des „Reichsbanners", jener Organisation, die eine Klammer sein sollte für die Koalitionspolitik zwischen SPD., Demokraten und Zentrum. Eine zweideutige Rolle, die das Reichsbanner jetzt im Kampfe der Arbeiterschaft gegen das Fürstengeschmeiß spielt, wird — dafür zeigen sich täglich Beweise — Tausenden von proletarischen Reichsbannerangehörigen die Augen öffnen und sie in die rote Klassenfront führen. Mit dem Fortschreiten dieses Klassenscheidungsprozesses wird auch Hörsings Stellung als Reichsbannergeneral eines Tages ausgespielt sein. Der Sieg der klassenbewußten SPD.-Arbeiter über die Koalitionspolitik trifft das Reichsbanner an seiner Grundlage.

Hörsing ist außerdem preußischer Landtagsabgeordneter und Vertreter der Provinz Sachsen im Reichsrat. Im Preußischen Landtag ist er nicht hervorgetreten. Im Reichsrat aber, der dauernd die folgenschwersten Beschlüsse zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft faßt, ist Hörsing ein getreuer Knappe seiner Herren und Meister in der Regierung, der Braun und Severing, die gerade in der letzten Zeit ihre Stimmen immer für die arbeiterfeindlichen Vorlagen der Luther-Regierung abgab. Es sei hier nur an das Eintreten der preußischen Stimmen des Reichsrats für die Lebensmittelzölle und die Getreideeinfuhrscheine erinnert, die Liebesgaben für Großagrarier und andere Getreideschieber durch Brotverteuerung waren. Als Hörsing für diese Begünstigung der Agrarier eintrat, hat er wahrscheinlich sich dafür bedanken wollen, daß **im Jahre 1921 die deutschnationale Fraktion des Provinziallandtags bei der Wahl des Reichsratsvertreters der Provinz Sachsen geschlossen für ihn** stimmte. Das Reichsratsmandat war ein Vorschuß auf die „Lorbeeren", die sich Hörsing am paar Wochen darauf mit seiner Märzprovokation gegen das mitteldeutsche Proletariat bei den Kapitalisten verdiente.

Man hört, daß in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben über die Tätigkeit Hörsings im Reichsrat diskutiert wird, weil die SPD.-Führung in Magdeburg die Absicht haben soll, **Hörsing bei der demnächst vom Provinziallandtag vorzunehmenden Neuwahl des Reichsratsvertreters der Provinz Sachsen wieder als Kandidaten zu präsentieren.** Aus dem Lager der Demokraten wurde bekannt, daß Hörsing tatsächlich wieder kandidieren soll und daß er die Unterstützung der Demokraten und des Zentrums habe. Da diese Weimarer Koalition im Provinziallandtag aber nicht die Mehrheit gegen Schwarzweißrote und Kommunisten hat, könnte Hörsing von ihr allein nicht gewählt werden. Es müßte denn auf erneute Dankbarkeitserzeugung der Großkapitalisten und Großagrarier gegenüber ihrem „Retter" Hörsing das Eintreten Deutschnationaler für ihn wie 1921 erwartet werden. Daran ist aber wohl nicht zu denken. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann jetzt gehen." **Die Schwarzweißroten werden** wahrscheinlich einen eigenen Kandidaten zum Reichsrat aufstellen.

Hin und wieder hört man in der Diskussion der SPD.-Arbeiter, **die Führung der SPD. rechne auf die Unterstützung der Reichsratskandidatur Hörsing auch durch die kommunistische Fraktion.** Wäre das wahr, dann wäre es der Gipfel von dreister Zumutung. Wir können nicht glauben, daß die SPD.-Führung den Mut aufbringt, der Partei des revolutionären Proletariats die Unterstützung der Wahl jenes Mannes vorzuschlagen, der mit der Verantwortung für die blutigen Unternehmungen gegen die oberschlesischen und mitteldeutschen Arbeiter belastet ist, den nicht nur die revolutionären Proletarier verfluchen, die unter dem Hörsing-Blutterror und als Opfer der Sondergerichte in den Kerkern litten, sondern über den auf Grund seiner blutigen Verganganheit **Zehntausende ehrlicher Arbeiter außerhalb der KPD. die Meinung haben, daß er jedes Vertrauen der Arbeiter verwirkt hat.** Sollte die SPD.-Führung auf ihrem Hörsing bestehen, dann wird sie also allein die Verantwortung dafür tragen müssen, daß dadurch die Chancen für irgendeinen deutschnationalen Reaktionär wachsen. Präsentierung des **unnennbaren Hörsing bedeutet: Steigbügelarbeit für die Reaktion!**

Das mögen vor allem die **sozialdemokratischen Arbeiter** berücksichtigen. Die KPD. weiß, daß das Reichsratsmandat der Provinz Sachsen auf Grund der Zusammensetzung des neuen Provinziallandtags nur dann nicht in den Besitz der Schwarzweißroten gehen wird, wenn die Gegenkandidatur mindestens von KPD., SPD., Demokraten gestützt wird. Nun ist noch sehr die Frage, ob das „Geistes" der „Weimarer Koalition" bei Zusammentritt des Provinziallandtags am 28. Januar überhaupt noch etwas vorhanden sein wird. Wie dem auch sei: Die KPD. ist das Zünglein an der Wage. Daß sie ihre Stimmen im Provinziallandtag einem Kandidaten der SPD. gibt, der entweder ein ehrlicher Arbeiter ist, wenigstens das Vertrauen breiter Arbeitermassen besitzt, und solcher gegen die Koalitionspolitik und für die Klassenfront, das ist möglich. Aber Verräter, Provokateure, Wirtschaftsfriedensbrecher, Proletariat können auf die Unterstützung einer Wahl nicht rechnen.

Wie die Dawes-Sonne leuchtet

Ansichten eines Fachmannes

Nach Presseberichten aus Neuyork soll der amerikanische Kaufmann Mac Garrah, der dem Generalrat der Deutschen Reichsbahn als Mitglied angehört, in einem Vortrag über den Dawes-Plan gesagt haben:

„Deutschland wird die ihm auf Grund des Dawes-Planes obliegenden Verpflichtungen erfüllen, wenn es kann, und es ist in dieser Hinsicht von Hoffnungen erfüllt. Wenn die Deutschen wissen sind, täglich zehn bis vierzehn Stunden zu arbeiten, sich vor irgendeiner Arbeit zu scheuen, wenn die deutsche Frau das Pferd den beladenen Arbeitskarren ziehen hilft, wenn der deutsche Knabe nach der Anleitung seines Vaters den Garten bearbeitet, dann kann der Erfolg und die Ernte nicht ausbleiben."

Selbstverständlich bemühte sich ein Teil der deutschen Presse, besonders die Dawes-Politik als die Politik des Auslandes Deutschlands zu bezeichnen pflegt, diese Ausführungen Mac Garrahs zu verwischen bzw. sie als Erfindung hinzustellen. Inzwischen sind die bürgerlichen Telegraphenagenturen gezwungen, den tatsächlichen Wortlaut der Rede Mac Garrahs zu veröffentlichen. Die Telegraphen-Union teilt zu dieser Rede nun erneut folgendes: „Auf Anfrage teilte Mac Garrah dem Vertreter der Telegraphen-Union mit, daß seine Worte mißverstanden worden seien. Auf Wunsch, Einsicht in den Wortlaut der Worte nehmen zu können, wurde jedoch abgelehnt." Trotzdem erhielt der Vertreter der Telegraphen-Union den genauen Wortlaut der Rede zu Gesicht. Danach ist der Wortlaut der Rede zu Gesicht, ihr hat Mac Garrah folgendes gesagt:

„Man kann nicht umhin, von Zeit zu Zeit die scharfe Stellung im Geiste des deutschen Volkes zu beobachten. Ein Beispiel dafür, wie es sich wirtschaftlich einzurichten versteht, ist man in der Anlage der Deutschen, die, falls sie die Eisenbahn benutzen, dritter und vierter Klasse, besonders aber in letzterer fahren. Wenn die Bevölkerung bereit und ständig bemüht ist, 10 bis 14 Stunden zu arbeiten, welche Arbeit es sich auch handelt, wenn eine Frau künftig willens ist, einem Pferde oder einer Kuh beim Ziehen zu helfen, und wenn ein Junge künftig einen Pflug ziehen will, während sein Vater ihn lenkt, dann wird notwendigerweise daraus ergeben, daß geerntet und gesät wird. Dann müssen von selbst die Ersparnisse kommen, die den für industrielle Unternehmungen notwendigen Kapitalbestand hervorbringen."

Die Telegraphen-Union fügt weiter hinzu, daß diese Worte Zusammenhang **mit dem Dawes-Plan gefallen seien.** Es ist also keinem Zweifel, daß eine derjenigen amerikanischen Finanzgrößen, die die **finanzielle Ueberwachung Deutschlands bewerkstelligen** haben, in aller Offenheit verbunden mit **Zynismus sondergleichen** den Zweck des Dawes-Planes **Plünderung und Kolonisierung Deutschlands,** bestätigt hat. Der Bankier Mac Garrah ist doch wohl als Spezialist des Dawes-Planes zu bezeichnen. Er ist also eher in der Lage, die Wirkungen des Zweck des Dawes-Planes darzulegen, als es etwa sozialdemokratische Politiker zu tun pflegen, die sich noch heute nicht damit tun können, von ihrer Außenpolitik, von ihrem Erfüllungspolitik von der schönen leuchtenden Dawes-Sonne zu sprechen, die über Deutschland aufgegangen sein soll.

Glänzender Erfolg der Opposition in DMV. Halle

Bei der gestrigen Generalversammlung des DMV., Halle, erhielt die Liste der Opposition (Liste 1) 778 Stimmen, die Liste der Reformisten (Gröbel) 181 Stimmen. Im vorigen Jahre war das Resultat 511 : 322.

Unter anderem wurde folgende **Entschließung** bei Stimmenthaltung der Reformisten angenommen:

Entschließung

Die am 17. Januar im großen Saal des „Volkspark" versammelte Generalversammlung der hallischen Metallarbeiter billigt die Tätigkeit der Ortsverwaltung im vergangenen Jahre.

Die versammelten Metallarbeiter wissen darauf hin, daß die Versuche des internationalen Kapitals (Dawes-Gesetze, Londoner, Locarno-Verträge) die wirtschaftliche Anarchie und die politischen Gegensätze zu beseitigen, vollkommen mißlungen sind. **Die Arbeitslosigkeit, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der deutschen arbeitenden Schichten ist ins Unerträgliche gestiegen.** Alle Versuche namhafter Gewerkschaftsführer, auf dem Wege der Verständigung und der Arbeitsgemeinschaft erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten, sind an der Brutalität des Unternehmertums täglich gescheitert. Mit Recht vor berichtet sich die herrschende Klasse in der schamlosesten Weise der Not und dem Elend des arbeitenden Volkes (Lohnabfindung).

Noch nie waren die Klassengegensätze schärfer wie in der heutigen „Gesundungskrise" der deutschen Wirtschaft.

Die hallischen organisierten Metallarbeiter fordern die politische Arbeiterschaft auf, aus dem Verhalten des Unternehmertums und ihrer Handlanger — monarchistische Regierungen — die proletarischen Schlußfolgerungen zu ziehen:

Jeden Versuch der Verständigung und Arbeitsgemeinschaft zurückzuweisen und durch die Methoden des revolutionären Klassenkampfes allen Schaffenden eine menschenwürdige Existenz zu erringen. Die Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf ist die Arbeiter ist die **Herstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront** in allen Ländern und die Schaffung der einheitlichen proletarischen Klassenfront in Deutschland.

Die hallischen Metallarbeiter senden dem **russischen Bruder** brüderlichen **Grüße,** das nach der siegreichen proletarischen Revolution die Grundlage für die sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen hat. Den ersten Arbeiterstaat der Welt gegen alle Angriffe zu verteidigen, muß die **Pflicht der internationalen Arbeiterschaft** sein.

Die Anwesenden begrüßen alle Bestrebungen, die russischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften das engste mit den Arbeitern der übrigen Länder zu verbinden (russisch-englisches Gewerkschaftskomitee, Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland).

Die Versammelten fordern von dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dem ADGB., diese Bestrebungen energisch zu fördern. **Die Versammelten billigen auf das schärfste die bisher von dem ADGB. gemachten Vorarbeiten zur Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale.**

Eine revolutionäre Politik der Gewerkschaftsleitungen zu führen, die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften zusammenzufassen, um die Gewerkschaften dadurch wirksamer für die proletarischen Revolution zu machen. (Der ausführliche Bericht über die Versammlung folgt Mittwoch im Gewerkschaftsteil des „Klassenkampf".)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Wer im Glashaus sitzt oder „Demokratie" im DVB.

Durch die sozialdemokratische Landarbeiterpresse geht ein Artikel über die „Russische Gewerkschaftspolitik". Darin sucht man aus Ausführungen des Genossen Tomsti, wie wir das bereits vorgeworfen hatten, durch Heranziehung einiger Sätze aus dem Zusammenhang seiner Rede auf dem Parteitag der KAP., nachzuweisen, daß die russischen Gewerkschaften keine Organisationen der Arbeiterschaft seien, denn die Arbeiterschaft habe „in ihnen nichts zu sagen". Letzteres sei bewiesen durch „Tomskis Schreien nach der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften". Der Artikel schließt mit der Versicherung, die Thesen Tomskis seien „Grundsätze der von den Kommunisten beschmähten und beschimpften Amsterdamer Internationale und des ADGB."

Wie es mit den demokratischen Grundsätzen der Amsterdamer steht, zeigen uns die Statuten des dem ADGB. angeschlossenen **Deutschen Landarbeiterverbandes.**

Gau- und Kreisangestellte werden nicht von den Mitgliedern gewählt, diese haben nicht das geringste Mitbestimmungsrecht in dieser Frage. Die Angestellten sind den Mitgliedern auch nicht verantwortlich, sondern nur dem Hauptvorstand, der die Angestellten nach §§ 17 und 22 des Statutes anstellen und entlassen kann. Nicht einmal die Wahl der Zahlstellenleitungen ist im Statut vorgesehen, mißliebige Zahlstellenleitungen können deshalb von den Angestellten abgesetzt und durch andere ersetzt werden. Gewählt wird nur der Verbandsvorstand und der Beirat und zwar durch die Generalversammlung.

Was ist aber diese **Generalversammlung** heute? Nach § 27 des Statuts sollen in der Regel auf 5000 Mitglieder ein „Vertreter" der Mitglieder entsenden. Bei den gegenwärtig zirka 180 000 Mitgliedern kommen demnach rund 36 Delegierte in Frage, die auf Gaukonferenzen gewählt werden. Die Gaukonferenz ist aber eine schon zweimal vorher gebiebte Konferenz, Teils werden als Teilnehmer zur Gaukonferenz kurzerhand die Vorstände der Kreise vom Gauleiter bestimmt. Soweit die Delegierten zur Gaukonferenz auf den Kreiskonferenzen gewählt wurden, muß man beachten, daß die Kreiskonferenzen sich aus den Zahlstellenleitern zusammensetzen (§ 18 des Statuts), also auch nicht besonders gewählt werden.

Würde sich nun ergeben, daß trotz all dieser Maßnahmen nur oppositionelle Delegierte auf der Generalversammlung erscheinen, dann wären sie trotzdem in der Minderheit. Nach § 27 setzt sich nämlich die Generalversammlung nicht allein aus den „Delegierten" der Mitglieder zusammen, sondern:

„Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Mitglieder, dem Verbandsvorstand, dem Beirat, den Gauleitern und einer Vertretung der Kreisleiter.

Die Kreisleiter sollen in gleicher Zahl wie die Gauleiter auf der Generalversammlung vertreten sein."

Der Verbandsvorstand besteht aus neun, der Beirat ebenfalls aus neun Personen. Diese beiden Organe über deren Tätigkeit die Generalversammlung beschließen soll, haben also allein schon 18 Stimmen. Hinzu kommen die vom Vorstand eingesetzten Gauleiter und Kreisleiter. Es bestehen 17 Gaue. Das Statut sagt nicht, ob jedem Gau nur der erste Gauleiter, oder ob auch der Stellvertreter berechtigt ist, an der Generalversammlung teilzunehmen. Es ist der Auslegung des Vorstandes überlassen. Kommen aber auf 17 Gauleiter und ebensoviel Kreisleiter in Frage, so gibt es zusammen mit Vorstand und Beirat 52 Stimmen gegenüber den „gewählten" 36 Vertretern der Mitglieder. Unter diesen Umständen kann der Hauptvorstand nur noch so „loyal" sein und den Mitgliedern einige weitere Vertreter zubilligen, zumal wenn vorher für gut gefiebte Gaukonferenzen gesorgt ist.

Die sehr zerstreut wohnende, nur in kleinen Gruppen in den einzelnen Zahlstellen vorhandene Landarbeiterschaft kann nur sehr schwer gegen dieses System ankämpfen und bedarf deshalb der Unterstützung durch die im ADGB. organisierte freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenschaft, insbesondere der Ortsausschüsse, die mithelfen müssen, um die Landarbeiter trotz aller bisherigen Erfahrungen wieder gewerkschaftlich zusammenzuschließen.

Solange ein solches Statut bei einem dem ADGB. angeschlossenen Verbande besteht, ist eine Schmach für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands. Sie muß deshalb dem am 17. März 1926 stattfindenden **Verbandstag des DVB.** ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und den ADGB. veranlassen, in diesem Verbande an der Änderung der Zustände mitzuwirken. Die Bourgeoisie könnte sonst frohlocken bei ihrer Diktatur darauf hinweisen, daß sie sich in der Verfassung noch nicht einmal die Diktatur-Grundsätze dieser freien Gewerkschaft zu eigen gemacht hat.

Kartellsitzung Bockwitz

Auf der Tagesordnung der Kartellsitzung vom 14. Januar stand als erster Punkt der Bericht des Vorstandes. Der Vorsitzende Genosse Fritzsch erstattete den Jahresbericht. Der Kassenbericht weist einen Kassenbestand von 114,65 Mark auf. Der Bericht des Bibliothekars Heidemüller zeigte, daß die vorhandenen Bücher von den Kollegen nicht mehr gelesen werden. Neuanschaffungen sind dringend notwendig. Die Bücherei hat zurzeit 480 Bücher. Gelesen wurden von 16 Lesern 130 Bücher. In der darauf einsetzenden Aussprache forderte Gen. Stahn Aufklärung, warum bei der Filmveranstaltung „Die Schmiede", entgegen dem Beschluß des Kartells, auf dem ersten Platz 70 Pfennige Eintritt erhoben wurden. Vom Vorstand wird erklärt, daß nicht beabsichtigt wurde, mit zweierlei Maß zu messen.

Unter Punkt 2 wurde der **Kartellvorstand neugewählt**, und zwar auf Grund der neuen Satzungen des Bundesvorstandes (siehe „Klassenkampf" vom 15. Januar). Zu wählen waren sechs Vorstandsmitglieder. Die vorgeschlagenen SPD.-Anhänger erhielten je 13 Stimmen, die von der KPD. vorgeschlagenen Genossen je 7 Stimmen.

Punkt 3 behandelte die **Stellungnahme zum Washingtoner Abkommen.** Der Vorsitzende hielt einen langen Vortrag über die Wiederherbeiführung des Achtstundentages und über das Arbeitszeitgesetz. Unsere Genossen führten aus, daß auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht den reinen Achtstundentag für die deutschen Arbeiter bringen wird, und daß die Ausbeutung nur durch die Einheitsfront der Arbeiterklasse niedergezwungen werden.

Unter Punkt 4 wurde ein Antrag des Erwerbslosenrates behandelt, daß zwei Delegierte des Erwerbslosenrates im Kartell Sitz und Stimme erhalten sollen. Der Antrag wurde von der SPD.-Mehrheit als „statutenwidrig" abgewürgt. Vom Vorstand wurden bei den zuständigen Reichs- und Kommunalbehörden folgende Forderungen für die Erwerbslosen erhoben: Sofortige Erhöhung der Unterstützung, Beseitigung aller einschränkenden Bestimmungen für den Bezug der Unterstützung, sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Die Kreisarbeitsnachweisausschüsse sollen neugewählt werde. Eine Kommission wurde gewählt, um die Vorarbeiten dazu zu leisten.

Der Verlauf der Sitzung zeigt, wie dringend notwendig es ist, daß in den einzelnen Verbänden die Masse der Arbeiterschaft wieder aktiv mitarbeitet, damit ein anderer Geist auch in dem Kartell überwiegt.

Gemeinde- und Staatsarbeiter Zeitz

Generalversammlung

In der am 9. Januar in Zeitz stattgehabten Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter gab zunächst der Vorsitzende, Kollege Seidel, den Geschäftsbericht. Dann folgte der Kassenbericht des Kollegen Uhde. Der Kollege vom Gauvorstand und der Betriebsratssekretär Dietrich ergingen sich in einer wüsten Hetze gegen den Kollegen Seidel, den sie, weil er Kommunist ist, als 1. Vorsitzenden erledigen wollten. Es war den Herren von der Gauleitung und vom Gewerkschaftskartell sowie dem SPD.-Oberbürgermeister gar zu unangenehm, daß Seidel zwei Jahre den Vorsitz der Filiale Zeitz in der Hand hatte. Diesmal ist es ihnen denn auch gelungen. Seidel erhielt 15 und der Kollege Weichert (SPD.) 19 Stimmen.

Unter „Verschiedenem" war ein Antrag eingebracht, der eine **Wirtschaftsbeihilfe von zwei Wochenlöhnen verlangt.** Durch eine Verdrehung von Dietrich wurde der Antrag abgelehnt. Ein anderer Antrag besagte, daß **der ADGB. und die SPD. Wege finden sollen zur Herbeiführung des Volksentscheids für restlose Enteignung der Fürsten.** Hier legte sich wiederum Dietrich ins Werk, daß man an den ADGB. nicht solche Fragen stellen solle. Die SPD. aber ginge dem Vorsitzenden Seidel nichts an. Er solle sich um seine KPD. kümmern, was Seidel damit beantwortete, daß seine Partei (KPD.) den Volksentscheid sowie restlose Enteignung der Fürsten im Reichstag verlangt hat. Dietrich und der Landesvorstand wurden wild, einer überschrie den anderen, als der Kollege Seidel feststellte, daß der ADGB. nach Bericht vom 4. Dezember 1925 („Abendausgabe des „Vorwärts") gegen den Volksentscheid sei. Der Antrag wurde von der SPD.-Mehrheit abgelehnt.

•

Kollege Seidel ist am 11. Januar dieses Jahres als Vertrauensmann der Belegschaft des Städtischen Schlachthofes einstimmig gewählt worden, so daß der SPD.-Sekretär Dietrich doch nicht sein Ziel erreicht hat.

Die Massen warten, dem Referent ist eine Stunde Weg zu viel

Unserem Schwesterblatt, der „Tribüne", Magdeburg, entnehmen wir folgenden Artikel, der auch die hallische Arbeiterschaft interessieren wird.

Mit großem Tamtam war zu Sonnabend, den 9. Januar, eine Gewerkschaftsversammlung angekündigt. Als Referent sollte einer der ernsten Bibelforscher vom ADGB., ein gewisser Herr Wernicke aus Halle erscheinen. Die Arbeiterschaft Gröbzigs hatte sich zahlreich versammelt. Aber natürlich nicht erschien, war unser lieber Herr Wernicke. Der Einberufer hatte sich keine Mühe verdrießen lassen, war von hier nach dort gerannt, und schließlich mußte er der Versammlung erklären, daß der Herr W. mit dem Zuge nur bis Löbejün gekommen sei und jemand hätte ihn mit nach Gröbzig nehmen wollen, aber Herr W. hätte gesagt, er fahre lieber nach Halle zurück. Wenn wir das gewußt hätten, sagte der Einberufer, hätten wir wenigstens ein Gespann nach Löbejün geschickt.

Christliche Gewerkschaftsführer, Ausbeuter-Organisationen und Fememörder

Das Berliner Polizeipräsidium bestätigt, daß der Chef der Propagandaabteilung der deutschen Arbeitgebervereinigung durch Vermittlung eines Führers des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter 5000 Mark geliehen habe, welche zur Unterstützung des Fememörders Schulz verwandt worden sind.

In den christlichen Gewerkschaften gibt es deutschnationale, völkische und volksparteiliche Angestellte, also Leute, die sich durch ihre Parteizugehörigkeit offen als Agenten offener Ausbeuterparteien bekennen und die ihre Stellungen deshalb natürlich dazu benutzen, die Interessen der christlichen wie der übrigen Arbeiter zu bekämpfen.

Jetzt sind diese „christlichen" Gewerkschaftsführer als Helfershelfer sowohl der brutalen und feigen Fememörder als auch der Spitzenorganisation der deutschen Ausbeuter durch politische Bestellungen erwiesen worden. Die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" ist eine offene Organisation zur Bekämpfung der Arbeiterinteressen und ihr Zusammenhang mit den Fememördern von der schwarzen Reichswehr und „vaterländischen" Verbänden ist verständlich, denn diese verfolgen gleiche Zwecke und sind bewaffnete Werkzeuge der gleichen Ausbeuterclique. Die christlichen Gewerkschaften dagegen sind versteckte Organisationen zur Bekämpfung der Arbeiterinteressen, und sie verstehen die christlichen Arbeiter so dafür zu gewinnen, daß diese es meist nicht merken. Jetzt wird dieser Zusammenhang, leider nur an einer Stelle, ganz offenbar. Aber diese christlichen Gewerkschaftsführer vom Schlage der Meier und Behrens sind keine Ausnahmen. Sie gehören zu der Clique Stegerwald, des Oberhäuptlings der christlichen Gewerkschaften, und haben fast überall ihre Verbindungs- und Vertrauensleute in den christlichen Verbänden. Noch auf dem letzten Zentrumsparteitag forderte Stegerwald aus Rücksicht auf diese deutschnationalen Führer der christlichen Gewerkschaften, daß die Zentrumspartei sich nicht programmatisch auf Republik und Demokratie festlegen sollte, und er erreichte, daß die Zentrumspartei eine grundsätzliche Ablage an die Monarchie und die offene Arbeiterunterdrückung vermied.

Diese faszistischen Kreise beherrschen völlig die Spitzenorganisationen der christlichen Gewerkschaften und sind bis tief in die einzelnen Verbände eingedrungen. Sie verstehen es durch Lüge und Verstellung und manchmal auch durch radikale Phrasen, die Arbeiter zu umgarnen. Sie führen Streiks, solange sie wissen, daß sie anders die Arbeiter nicht halten können und um die Führung zu behalten. Aber heraus kommt niemals etwas für die Arbeiter, weil sie von jedem ernsthaften, wirklichen Klassenkampf abgehalten werden.

Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter mögen aus der Entlarvung des **Zusammenarbeitens ihrer Führer mit den Ausbeuterorganisationen und den Fememördern** erkennen, in was für Organisationen sie sich haben hineinlocken lassen. Sie können ihre Löhne und ihre Arbeitsbedingungen nur im Kampfe gegen die Ausbeuter verbessern, sie können nur kämpfen innerhalb der freien Gewerkschaften, in einer einzigen Arbeiterfront. Für die christlich organisierten Kollegen gibt es darum nur einen Weg: Heraus aus den von Unternehmeragenten geleiteten christlichen Verbänden — **hinein in die freien Gewerkschaften!** Christen, Hirsche, Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose — alle in einer einmütigen Arbeiterfront gegen die einmütige Ausbeuterfront!

Gröbziger Arbeiter! Ein früherer Mauergeselle, dieser Herr W., bringt es nicht fertig, von Löbejün nach Gröbzig zu laufen, welches ein Weg von knapp 75 Minuten ist. Dies zeugt von großer Interessenlosigkeit unserer Gewerkschaftsführer. Oder hat sich Herr W. vor etwa nicht vorhandenem Grabwasser der Fähre gefürchtet? Oder hat ihm das angeszte Thema „Fürstenraub" einen Schreck eingejagt? Ja, ja, dieses peinliche Thema wird es gewesen sein. Doch wieso denn Thema „Fürstenraub"? Der Einberufer hatte doch dieses Thema schon in der letzten Bauarbeiterversammlung sabotiert und jetzt soll ausgerechnet einer der ernsten Bibelforscher vom ADGB. gegen den Fürstenraub sprechen? Gerade einer von den Leuten, die uns das Neue Testament im proletarischen Klassenkampf empfehlen, deren Grundsatz heute ist, „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist?"

Mit diesen Leuten muß noch ein ernstes Wort geredet werden. Diese Herren Gewerkschaftsführer unterlassen nichts, um uns als Kommunisten in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen. Wo es aber gilt, gegen Monarchisten aufzutreten, sind sie nicht auf dem Plan, da scheuen sie eine Stunde Weg. Gewerkschafter, macht endlich aus den Gewerkschaften das, was sie schon längst sein mußten, nämlich Kampforganisationen. **Macht Schluß mit der verlachten Arbeitsgemeinschaftspolitik, werdet wieder Klassenkämpfer!**

Oppositionelle Schuhmacher-Verwaltung in Naumburg

Die Neuwahl der Naumburger Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher ergab die Wahl von drei KPD.-, einem SPD.- und einem sympathisierenden Kollegen. Die Verwaltung war im Vorjahre von der Opposition mit 27 Mitgliedern übernommen und zählt jetzt 40. Auch dies ist ein Beitrag zu dem Kapitel „Kommunistische Gewerkschaftszerstörer".

Ideologische und praktische Fragen der Gewerkschaftsarbeit *)

I. Pr. Mit der Veröffentlichung des Ettl-Briefes ist die innerparteiliche Behandlung zweier wichtiger Probleme, die der Gewerkschafts- und der Einheitsfrontbewegung, in den Vordergrund getreten. Es sind dies mit die bedeutendsten Fragen der kommunistischen Taktik. Immerhin kann man bei einem Blick in die Parteigeschichte feststellen, daß grundsätzlich diese Probleme längst geklärt sind.

Der 2. Weltkongreß hat grundsätzlich und eindeutig zur Rolle der Partei und ihrer Haltung zu den Gewerkschaften Stellung genommen. Genosse Sinowjew konnte in seinem Referat zur Gewerkschaftsfrage auf dem 3. Weltkongreß einleitend folgendes erklären:

Schon der **2. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale** hat bei prinzipielle **Stellung der Kommunisten zur Gewerkschaftsfrage** bestimmt. Ich glaube, es besteht kein Bedürfnis, die theoretische Grundlage derjenigen Lösung, die der 2. Weltkongreß in dieser Frage gegeben hat, irgendwie zu revidieren.

Daß auf Grund des steigenden Verrats der Gewerkschaftsführer nach wie vor antigewerkschaftliche Stimmungen innerhalb der Massen und auch in einem Teil der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei vorhanden sind, ist erklärlich. Ebenso natürlich ist, daß bei Massenaktionen, wie März 1921 oder 1923 diese antigewerkschaftliche Stimmung sich steigert, denn jeder scharfe, verschärfte Kampf zwingt die reformistischen Führer, ihren wahren Charakter offener, jedem Phrasenschleiers entkleidet, zu begehen. Dieses arbeiterschädliche Verhalten wird bei Massendemonstrationen dem primitiv denkenden Arbeiter klar. Daß die aus solchen Situationen hervorgegangene antigewerkschaftliche Massenstimmung einen Teil der Mitglieder der KPD. ihre Rückwirkung hat, ist klar. Für die **Auswirkung solcher Massenstimmungen ist im allgemeinen jedoch entscheidend die Haltung und Handlung der führenden Funktionäre der Partei, besonders der Parteileitung.** Ein sprechendes Beispiel läßt sich hier anführen, daß die Partei die antigewerkschaftliche Stimmung nach der Märzaktion 1921 verhältnismäßig leicht zu überwinden vermochte, während sich nach März 1923 **verheerende** Auswirkungen der antigewerkschaftlichen Stimmung zeigten.

Das Politbüro der Zentrale hat am 17. November 1923, wo sie noch bestand, ein organisatorisches Rundschreiben herausgegeben, in dem es zur Gewerkschaftsfrage heißt:

In erster Linie darf die Arbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern keine Unterbrechung erfahren, sondern muß gesteigert werden. **Es wäre eine Narrheit, zur selben Zeit, wo die Militärdiktatur die Partei in die Illegalität zu treiben sucht, auch nur einen Schritt in der Gewerkschaftsfrage zu weichen.**

Im Gegensatz hierzu ist die Haltung Ruth Fischers und Maslows darauf eingestellt gewesen, sich besonders in der Gewerkschaftsfrage von den Massenstimmungen leiten zu lassen, oder wie Lenin sagt, „den Massen um den Bart zu gehen". Es sei hier nur ein charakteristisches Beispiel aus einem gedruckten Thesenentwurf von Ruth Fischer, herausgegeben Januar 1924, hervorgehoben. Sie sagt u. a. folgendes:

„Die Parole der Rettung der Gewerkschaften findet weder einen Widerhall bei den Mitgliedern unserer eigenen Partei, noch bei den unorganisierten parteilosen Arbeitermassen außerhalb der Gewerkschaften und der KPD. . . . . Diese revolutionäre gesinnten Teile der deutschen Arbeiterklasse wollen die Gewerkschaften nicht retten, **sondern sie zerschlagen, um ein Hindernis des Klassenkampfes aus dem Wege zu räumen (!).** Die Parole der Rettung der Gewerkschaften findet Anklang nur bei den linksopportunistisch gesinnten Elementen innerhalb der Gewerkschaften, die nicht den Mut haben, mit der SPD. zu brechen, sondern von Illusionen befangen sind, durch eine kleine Verschiebung des Kurzes nach links SPD. und Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes erhalten zu können. Die Parole der Rettung der Gewerkschaften ist daher nicht geeignet, der Massenflucht aus den Gewerkschaften entgegenzutreten, die Gewerkschaften als solche zu erhalten und die KPD. an die zentristischen Arbeiterelemente zu binden.

Und weiter heißt es:

Treiben die Gewerkschaftsbureaukraten in einem Verbande die Dinge auf die Spitze und sind bedeutende Teile der Massen für die Gewerkschaftsopposition, dann werden die Kommunisten dieser aufgezwungenen Spaltung nicht ausweichen, sondern sie durchführen (!) und für die Verbindung des neuen Verbandes mit der Betriebsrätebewegung sowohl wie für eine Umstellung in einen Industrieverband sorgen. Die KPD. paßt sich in ihrer Taktik der Tatsache an, daß breite Massen heute außerhalb der Gewerkschaften stehen, ebenso wie der Notwendigkeit, die noch innerhalb der Gewerkschaften stehenden Massen zu beeinflussen.

Derartige Stellungnahme prominenter Parteiführer in Situationen wie nach Oktober 1923 bedeutet, die antigewerkschaftlichen Tendenzen freiheitsartig zu jüchten.

Die Maslowisten wollten die theoretische Grundlage derjenigen Lösung, die der 2. Weltkongreß der Gewerkschaftsfrage gegeben hatte, revidieren. Diese Haltung mußte, besonders in der Nach-Oktober-Situation, die Partei in die Isolierung treiben.

Die von der Reichsarbeiter-Konferenz gegebene Plattform hat dann die von der Exekutive verlangte radikale Kursänderung in der Politik der Partei gebracht; jetzt heißt es neben der ideologischen Klärung den Weg zur praktischen Arbeit finden.

Es liegt in der Natur der Sache, das ultralinke Politik der radikalen Geste weniger Gelegenheit für reformistische Abweichungen bietet, als eine bolschewistische Tagespolitik zur Gewinnung der Massen für den revolutionären Kampf. Die Erfahrungen aus der Taktik der Einheitsfrontbewegung, besonders aus dem Oktober 1923, sowie aus der Gewerkschaftsarbeit, geben der Partei heilsame Lehren.

Der kommunistische Gewerkschaftsfunktionär steht gewissermaßen auf Vorposten zur Gewinnung und Mobilisierung der Massen. Er soll sich in das Vertrauen der Massen hineingraben, indem er die Bedürfnisse der Massen verdeutscht, Vorschläge macht und, vom Vertrauen der Massen getragen, sich an die Spitze des Kampfes stellen läßt, denn Kampf ist führt, daß das Machtbewußtsein der Massen wächst, der Kampfeswille sich steigert und gleichzeitig kampfescheue und arbeitsgemeinschaftliche reformistische Führer entlarvt werden. Wesentlich für die Art, wie die Genossen innerhalb der Gewerkschaften ihre Taktik durchsetzen, sind die Beschlüsse des 3. Weltkongresses:

„Die Partei muß versuchen, ihren entscheidenden Einfluß auf die Gewerkschaften auszuüben, ohne die Gewerkschaften kleinlich bevormunden zu wollen. Der Partei untersteht nur die betreffende kommunistische Zelle in der Gewerkschaft als solche. Nur durch die dauernde, aufopfernde und einsichtsvolle Arbeit der kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften kann und soll die Partei einen solchen Stand der Dinge erreichen, wo die Gewerkschaften als Ganzes mit Freude und Bereitschaft den Ratschlägen der Partei folgen."

Da unser Einfluß durch die ultralinke Politik rapid zurückgegangen ist, ist das erneute Fußfassen und Operieren in den Gewerkschaften jetzt schwierig und kompliziert. Auch hier sagt der 3. Weltkongreß sehr deutlich in seinen Beschlüssen, wie die Dinge anzupacken sind. Es heißt da:

„Den Organisationen, Arbeitsgruppen, Zellen und den einzelnen Mitgliedern müssen eindeutig ganz konkrete, genau bestimmte Aufgaben gestellt werden, und zwar so, daß sie ohne weiteres nützlich, erwünscht und durchführbar erscheinen."

(Schluß folgt.)

*) Dieser Artikel, der zu den Ortsverwaltungs- und Betriebsratsbüros Stellung nimmt, ist, etwas gekürzt, der „Hamburger Arbeitszeitung" entnommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0003

Der Perlacher Justizskandal

Obwohl nach den Aussagen Roskes längst klar ist, wer die Verantwortung für die beispiellose Untat der Erschießung von zwölf Perlacher sozialdemokratischen Arbeitern zu tragen hat, wird bei der Fortsetzung des Prozesses immer mehr der Versuch gemacht, die Mitschuld allein auf den Leutnant Pölzing abzuschieben. Der Vorsitzende Pölzings, Major Schulz, der als Oberspieler selbst unter die Angeklagten gehört, aber selbstverständlich nicht verhaftet ist und sogar vereidigt werden soll (!), bestreitet, die Aeußerung: „Gegen Sie die Schweinerei um!" getan zu haben. Er will nicht einmal gesehen haben, daß Gefangene eingeschüchtert wurden (!), im Gegenteil, es wäre über die Erschießung sehr aufgebracht gewesen! Ein feines Bild, das dieser mutige Major vor Gericht bietet. Wer noch besser die Justiz, die sich derartiges gefallen läßt.

Es ist jetzt schon klar, daß, ganz abgesehen von Roske und dem Feigling Schulz, es weder Leutnant Pölzing, dem Tap des schneidigen Mörderoffiziers der Nachkriegszeit, noch dem jetzigen Prüfer, dem Unteroffiziers-Kuli und Henkersknecht seiner Vorgesetzten, so gehen wird wie den Kapitänleuten, die wegen des Geiselmordes erschossen wurden. Pölzing und Prüfert haben ja für „Ruhe und Ordnung" gesorgt und zu ihrer Entlastung ist Herr Roske selbst nach München geeilt.

Es ist an der Zeit,

eine Bilanz jener Schreckenstage

zu ziehen: nach der Denkschrift des Reichsjustizministeriums über die politischen Morde wurden während der Räteherrschaft in München 15 Erschießungen vollzogen. Dagegen verübten die Roske-Banden nach der Einnahme Münchens 111 Morde, die bis zum heutigen Tage ungesühnt blieben. Die weiße Justiz rächte sich außerdem noch durch die standrechtliche Erschießung von Eugen Levine, der allein mehr wert war, als sämtliche weißgardistischen Offiziere mit ihrem Roske zusammen, und durch neun weitere Todesurteile, 6080 Jahre Haftstrafen wurden von den bayrischen Gerichten gegen Arbeiter verhängt, die die Räterepublik verteidigt hatten. Noch heute sind mindestens 16 zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilte Räterepublikaner in Bayerns Kerkern gefangen.

Die Saat aus dem unschuldig vergossenen Blut und aus der Schande der deutschen Klassenjustiz wird aber bald aufgehen.

Terrorurteil gegen bayrische Kommunisten

Der Staatsgerichtshof fährt fort, gegen Kommunisten für Vergehen gegen den bayrischen Ausnahmezustand, der jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt, unerhörte Gefängnisstrafen wegen angeblicher Ueberschreitung des Koalitionsrechtes zu verhängen. Und dies angesichts der faschistischen Zustände in Bayern, der Justizskandäle gegen monarchistische bayrische Hochverräter und des Perlacher Justizskandals. In dem Prozeß gegen die bayrischen Genossen wurden Simmet zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, Mayer zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. 10 Monate und die Geldstrafe werden als durch die Untersuchungshaft für verbüßt angerechnet. Gegen die übrigen fünf Angeklagten mußte auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren eingestellt werden.

Internationales Aktionskomitee

Gegen die Unterdrückung und Vergewaltigung der Kolonialvölker

Unter dem Vorsitz des Herrn Robert Güterbock hat sich ein Internationales Aktionskomitee zur Vorbereitung eines Kolonialkongresses gebildet. Initiative war vom Syrischen Komitee gegen die Greuel in Syrien ausgegangen. Dem Komitee gehören Vertreter einer Reihe von nationalen Gruppen an, die in allen Ländern versuchen, die Oeffentlichkeit auf die Kolonialgreuel hinzuweisen und Sympathien für die Befreiungskämpfe gegenüber imperialistischer Unterdrückung zu werben. Das Komitee betrachte sich als provisorisch, es soll beträchtlich erweitert werden. Einladungen, Vertreter in das Aktionskomitee zu entsenden, sollen an alle Kulturorganisationen ergehen, vor allem auch an die Liga für Menschenrechte sowie an das Friedenskartell.

Das Aktionskomitee will die Propaganda für den Kolonialkongreß sehr großzügig betreiben und alle Vorbereitungen für den Kongreß selbst treffen.

Als Redner für den Kongreß werden Vertreter aus China, Afrika, Aegypten, Indien usw. erwartet.

Wie das Reichskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe mitteilt, hat es beschlossen, die Arbeiten des Komitees zu unterstützen und zu diesem Zwecke auch ihren internationalen Apparat zur Verfügung zu stellen.

Anschreiben sind an Herrn Dr. Robert Güterbock, Berlin-Wilmersdorf, Trautenaustraße 24, zu richten.

Genfer Abrüstungskonferenz

Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph" bestätigt, daß die Abrüstungskonferenz eventuell verschoben werde, bis Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. Von den Nachbarstaaten Rußlands sei erklärt worden, sie übernehmen ohne Beteiligung Rußlands keinerlei bindende Verpflichtungen und bevor die Kommission zusammentreten könne, müßten erst die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Schweiz hergestellt werden.

(TU.) Paris, 16. Januar.

Aus Moskau wird gemeldet, daß der Rat der Volkskommissare erneut beschlossen hat russische Delegierte zu der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu entsenden, jedoch unter der Bedingung, daß die Schweiz sich wegen der Ermordung Worowskis entschuldigt.

Demonstrationen in Paris

Arbeiter, Angestellte und Beamte auf der Straße — Erhöhung der Löhne und Gehälter — Brutales Vor[illegible] der Polizei

(Eig. Drahtm.) Paris, 18. Ja[illegible]

Am gestrigen Sonntag demonstrierten in Paris viele[illegible]sende der gewerkschaftlich organisierten staatlichen und [illegible] Beamten, Angestellten und Arbeiter für eine Erhöhung [illegible] Bezüge entsprechend der Entwertung des Franken. Die [illegible]rung ließ die Demonstranten durch ein riesiges Aufgebot [illegible] Polizei auseinanderhauen, wobei zahlreiche Beamte un[illegible]beiter verletzt wurden.

Freie Gewerkschaft für wuchtige Demonstrati[illegible] am 27. Januar

(Eig. Drahtmeld.) Düsseldorf, 18. Ja[illegible]

Eine Versammlung des Zentralverbandes der Steinm[illegible] nahm einstimmig eine Entschließung an, in der vom ADGB [illegible] Initiative für Einsetzung eines Komitees aller proleta[illegible] Organisationen verlangt wird zum Zwecke der Herbeiführun[illegible] Volksentscheids. In einer weiteren Resolution wurde der [illegible] aufgefordert, die organisierte Arbeiterschaft Düsseldorfs [illegible] Demonstration am 27. Januar aufzurufen:

für Achtstundentag und ausreichende Löhne,
für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, der Sozial[illegible] Kriegsrente,
für Erweiterung der Betriebsratsrechte,
gegen Betriebsstillegungen und
gegen Mietpreiserhöhung.

Noch immer ungeklärte Lage der Eisenbah[illegible]

Berlin. Am Sonnabendmorgen fanden im Reichsve[illegible] ministerium erneute Verhandlungen über den am [illegible] zember v. J. gefällten Schiedsspruch für die Eisenbahner [illegible] aber ergebnislos verliefen. Da die Eisenbahner den [illegible] auf Verbindlichkeitserklärung gestellt haben und die Haupt[illegible]tung der Reichsbahn ihrerseits verlangt, die Erklärung [illegible] diesem Schiedsspruch bis Ende Januar zu verlängern, das [illegible] arbeitsministerium aber keine Entscheidung getroffen hat, [illegible] Frage vorläufig noch völlig ungeklärt.

Werbt für den „Klassenkam[illegible]

Ganz enorm billig werden alle Waren im

Inventur-Verkauf bei Reiter abgegeben

Bitte besichtigen Sie mein Fenster und die im Laden, Parterre und I. Etage mit Preisen ausgestellten Waren

Carl Reiter, Weißenfels, Jüdenstr. 12

52

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kass. Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 67051
Amtl. Sämtliche Bezirks-Sekretär. Geschäftsstelle: Täglich 5 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis Ortsbüro-Telephonruf 6227

BL-Sitzung Montag, 18. Januar, abends 6½ Uhr, in Halle, Produktiv-Genossenschaft. Jedes Mitglied muß erscheinen. Die Unterbezirksleitungen müssen um 4 Uhr zur Vorbesprechung erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Könnern. Mitgliederversammlung Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Wichtige Tagesordnung. Referent von der BL. ist anwesend.
Nimmendorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Elterthal". Tagesordnung: Gewerkschaftsfrage. Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Mittelstadt-Wittenberg-Delitzsch.

Bellen. Mitgliederversammlung Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Hesse. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Delitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Referent von der BL. ist anwesend.
Holzweißig. Mitgliederversammlung Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr. Referent von der BL. ist anwesend.

Kein Genosse darf die CL.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Nimmendorf. Montag, den 18. Januar, im „Elterthal" Vorstandssitzung.
Nimmendorf. Dienstag, 19. Januar, in der „Post" Gruppenabend. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
Schkeuditz. Mittwoch, den 20. Januar, Mitgliederversammlung. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, Beteiligung an der öffentlichen Jugendversammlung in der „Junkenburg".

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Jugendheim Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.
Reiben. Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle" Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" öffentlicher Gruppenabend. Thema: Lenin-Liebknecht-Luxemburg, ihr Leben und Werk. Referent der BL.

Versammlungen der Roten Hilfe

Weißenfels. Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Mitgliederversammlung. Ein Referent ist zur Stelle.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleiterstatist: Arthur Brandt Halle Große Klausstraße 10 (Laden) Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Ortsvorstand, Werbebezirks- und Abteilungsführer. Mittwoch, 20. Januar, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, wichtige Sitzung. Keine Abteilung darf fehlen.
Abteilung 17. Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant zur „Eiche", Körnerstraße, Abteilungsversammlung.
Abteilung 8. Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher", Torstraße, Abteilungsversammlung.
Abteilung 1, 4, 15. Sofort Januar abrechnen bei Kappelber, Alter Markt 28.

Junghorst

Alle Kameraden beteiligen sich morgen abend 8 Uhr an der RFB.-Feier „Volkspark".
Bezirksführer morgen, Dienstag, abend 8 Uhr im „Volkspark" kurze wichtige Besprechung.
Abteilung 7. Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Abteilungsversammlung.

Untergau Saalkreis

Diemitz. Mittwoch, 20. Januar, 8 Uhr, Mitglieder-pflichtversammlung.

Untergau Saalekreis

Nietleben. Donnerstag, 21. Januar, 8 Uhr, im „Brauer-Schlößchen" große öffentliche Versammlung. Alles erscheinen, dazu die Ortsgruppen Sangerhausen und Frankenhausen. Referent Genossin Kühl.

Untergau Bitterfeld

Zörbig. Donnerstag, 21. Januar, im „Goldenen Löwen" Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Mittenberg. Dienstag 19. Januar, 4½ Uhr, bei Jenderbeck Funktionärsitzung der Ortsgruppen Wittenberg und Piesteritz.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungturm. Dienstag, 18. Januar, Gewerkschaftshaus Probe zum Sprechchor für den Sonnabend.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CL.- und Ufa-Kinos besucht, schleicht sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Inventur-Ausverkauf
vom 18. bis 30. Januar

Tafel-Geschirre 6 Pers. 9,50
Tafel-Geschirre 12 Pers. 15,00
Kaffee-Geschirre 2,95
Wasch-Geschirre 2,95
Teller 5,- 10,- 15,- 20,-

Ein großer Posten Porzellan, Steingut und Glas bis zu 50% ermäßigt

Auf sämtl. regulären Waren gewähre ich in meinem Hauptgeschäft, Markt, sowie in Mieths billigem Geschirr-Markt, Große Kalandstraße 20, trotz billigster Preise

10% Rabatt

51

Adolf Mieth
Weißenfels, Markt 21

Stadt-Theater
Montag 7½ Uhr
Beliebte mit den Damen: Johannes, Grether mit den Herren Gänse, Riesch, Haller, Henel
Dienstag 7½ Uhr
Verkaufte Braut
mit den Damen Zähn, Voß-Andree, Seeliger, Stempel, mit den Herren Gentzsch, Rösler, Gollub, Burchardt, Kathammer, Hertz
Ende 10 Uhr
Mittwoch 7½ Uhr
Beliebte

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Walhalla
Anf. 7.45 Tel. 8385
Nur noch wenige Tage!
Anneliese v. Dessau
Operett. in 3 Akt. von Robert Winterberg

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu liefern. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste Werbungsmittel

Konsum-Verein für Delitzsch u[illegible] a. G. m. b. H.

Aufforderung!

Wir bitten unsere Genossenschaf[illegible] Mitglieder jedoch hier umgehend [illegible] und zwar für Delitzsch:
im Bureau, Molteste[illegible]
von 1 Uhr bis 3 Uhr nachm[illegible]
Die ländlichen Genossenschaf[illegible] die Bücher in den dortigen [illegible] stellen der angen.

Die Verwaltung: [illegible]

Bekanntmachu[illegible]

Neuaufstellung d. Wohnungs[illegible]

Die bisher vorhandene Wohnungs[illegible] wird mit Zustimmung des [illegible] mit Wirkung vom 15. Januar [illegible] erloschen erklärt. Sämtliche [illegible] eingetragene Wohnungsuchende [illegible] aufgefordert, falls sie Anspruch [illegible] tigung in die neue Wohnungsliste [illegible] legen, sich zur Neueintragung [illegible]
Zu diesem Zwecke bereit [illegible] Formulare werden vom Wohnungsamt verausgabt und zwar:
Dienstag, den 19. Januar, für die Buchstaben A—F, Mittwoch, den 20. [illegible] die Buchstaben G—K, Donnerstag, den 21. Januar für die Buchstaben [illegible]
Freitag, den 22. Januar: für die Buchstaben R—St, Sonnabend, den [illegible] für die Buchstaben T—Z.
Anträge, die bis zum 31. [illegible] eingereicht sind, werden unter Berücksichtigung der alten Nummer in die Liste eingetragen.

Eisleben, den 14. Januar [illegible]

Der Magistrat (Wohnungsa[illegible])

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung; lade ich zu einer Sitzung
Donnerstag, 21. Januar [illegible]
: nachmittags 5 Uhr
nach dem Stadtverordnetensitzungssaal hierdurch eingeladen ein

Tagesordnung:
1. Jahresbericht 1925
2. Wahl des Vorstandes
3. Kommissionswahlen
4. Ruhegehalt für eine städt. Angestellte
5. Änderung eines Bürgersteigs [illegible]
6. Ortssatzung für Heimstätten[illegible] gebiete
7. Gewährung von Renten [illegible] die städtischen Arbeiter
8. Zuschußleistung aus Mitteln [illegible] gewerbekapitalsteuer
9. Erwerb und Abbruch eines [illegible] stücks
10. 2. techn. Mittelschullehrer [illegible]
11. Rücklagestock des [illegible] Volksbades
12. Verpachtung des Wasserwerkes in der Rennebergstraße
13. Kassenprüfungsgebührenordnung
14. Kenntnisnahmen

Zeitz, 16. Januar 1926

Der Stadtverordnetenvorsteher
*193 Goldstein

Zeitungsträger
gesucht für Bickla. [illegible]
bei M. Lehmann, Bretten[illegible]

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten [illegible] und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 [illegible]
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Hall[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Das Zeitalter des Kindes

Hat man das zwanzigste Jahrhundert genannt. Was die Bourgeoisie tat, um diesen Titel zu rechtfertigen, erkennt man aus der Tatsache, daß der größte Teil aller Schulkinder unterernährt ist und ein ebenfalls großer Teil kein eignes Bett hat. Die Bourgeoisie hat ja auch andre Sorgen. Man höre: kommt da eines Tages eine feine Dame zu Sanitätsrat Dr. Schumann und trägt in einem Stiefbett ein Hündchen, das von der Elektrischen überfahren wurde. Der Arzt möge doch dem armen Hündchen eine Kampfersprize geben. Die Patienten glaubten zuerst, die „Dame" trage ein Kind auf dem Arm, als sie aber sahen, wie die Sache stand, komplimentierten sie die „Dame" so schnell wie möglich hinaus.

Es gibt Hundeheimen und Hundetheater, während Säuglinge keine Milch haben. Warum sollen nicht zahlungskräftige Leute Sanitätsräte für ihre Hunde konsultieren?

Reichsgründungspleite

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Punkt 10.30 Uhr marschierten vom Königsplatz die dort versammelten Vereinskriecher nach dem Roßplatz. Am Königsplatz konnte man unsere politisch neutrale Polizei beobachten, wie die Herren Polizeioffiziere die einzelnen Führer der Kriechervereine recht warm und herzlich mit Händedruck begrüßten. Sie haben auch bei dieser Gelegenheit offen ihre Sympathie mit diesen Nationalisten bewiesen, und somit ist es für die deutsche Arbeiterschaft offensichtlich, wo „unsere neutrale Polizei" hingehört. Am Roßplatz angelangt, sah man ein recht trauriges Bild: Kinder, welche noch die Schulbänken machen müssen in der Uniform, wieder solche, welche vor Hunger nicht sich ... können, wieder andere vollgefressen, welchen man auf den Gesichtern ablas, daß für sie das Antreten doch eine große Qual sein mußte, sich mit den dort anwesenden Stahlhelm-Proleten in Reih und Glied zu stellen. Mit den üblichen nationalistischen Phrasen eines Redners, welcher vor allen Dingen die „Einheit des deutschen Volkes" hervorhob, begann es. Er vergaß aber nicht, den „mörderischen blutbefleckten Bolschewismus" im eigenen Lande niederzukämpfen. Offen sprach er aus,

daß die vaterländischen Verbände zusammenstehen müssen in dem Moment, wo die Arbeiterklasse sich gegen die heutige Gesellschaftsordnung auflehnt.

Dieser Kriegsverbrecher verstieg sich so weit, daß seine letzten Worte auskangen in dem Schwur: Deutschland endlich von der Arbeiterherrschaft zu befreien. (Wo ist denn das Arbeiter-Deutschland?) Nach dem kam Held Duesterberg an die Reihe. Er hat knapp zwei Minuten gesprochen, wahrscheinlich hatte der gute Mann Eisbeine bekommen. Er sprach im gleichen Sinne, wie sein Vorredner, erinnerte an die „heroischen" Kriege 1864, 1866 und 1870 und an das letzte große Weltmorden und verlangte, daß man sich an dem Feinde rächen sollte. Nach seinen „erhebenden" Worten setzte sich der „große" Demonstrationszug in Bewegung. Um gleich allem vorzubeugen, wollen wir die genaue Anzahl der Vaterländischen (die natürlich zum größten Teil aus Schulkindern oder der Schule erst Entlassenen bestanden) bekanntgeben. Einschließlich der Musikkapellen und der anwesenden Sanitäter von der „neutralen" Kriegers-Sanitäts-Kolonne Halle waren es genau 2190. Was besonders auffiel, war, daß zum größten Teil vor jeder Kolonne die vollgefressenen Spießer, die sich meistens aus Geschäftsleuten zusammensetzten, marschierten. So war unter ihnen der rühmlichst bekannte Bierwarenhändler Spartmann aus Walhalla; ebenso der Direktor der Firma Buchmann & Co., Kohlenhandlung am Dessauer Platz, ein Herr Dietrich in seiner Schützenuniform trug ganz besonders hervor. Dahinter kamen immer die zum Teil bis zum Skelett abgemagerten Proleten, denen doch beim Vorbeiziehen an den hier und dort vereinzelt auf der Straße stehenden Proleten die Schande ins Gesicht stieg und ich glaube, sie haben mal verstanden, daß sie von der Arbeiterschaft am meisten verachtet worden sind.

Der hier mit so großem Tam-Tam angekündigte Umzug, an dem sich aus dem Bezirk 36 000 Mann beteiligen sollten, war mithin eine jammerliche Pleite für den Stahlhelm. Man muß in Betracht ziehen, daß der ganze Gau aufgeboten war, um hier in Halle der Welt zu beweisen, daß die Nationalisten spannen lassen, und daß sie — nicht erkennen, welch erbärmliche Rolle sie spielen.

•

Kurz nach dem Umzug ging ich in ein Restaurant in der Nähe des Bahnhofes; dort saßen drei Mitglieder des Wehrwolf. Diese schimpften darüber, daß man sie hätte so lange stehen lassen und sie bald erfroren seine hätten. Sie erzählten unter sich, daß es überhaupt zwecklos sei, noch weiter dem Wehrwolf anzugehören, daß derselbe, wie sie es erklärt hat, doch eine überparteiliche Organisation sei und auch kein nationalistisch-völkische Tendenzen in sich trage. Nach einigem Hin und Her setzte ich mich zu ihnen an den Tisch und bekannte offen, daß ich roter Frontkämpfer sei. Einer von ihnen, ein Bauer, erklärte mir, daß er bereit wäre, sich mit mir in eine Diskussion einzulassen. Im Laufe des Gespräches bekannten alle drei frei und offen, daß sie nur aus Existenzgründen im Wehrwolf seien und sie am besten von der ganzen Geschichte nichts sehen möchten. Als ich das Gespräch auf die Arbeitslosigkeit lenkte und ihnen erklärte, daß sie bald eines Tages, wie doch sehr viele ihrer Wehrwolf- und Stahlhelm-Kameraden am eigenen Leibe schon gespürt hätten, entlassen werden, sagten sie mir, daß für sie weiter nichts übrig bliebe, als zurückzukommen in die Reihen des kämpfenden Proletariats.

Zum Schluß möchte ich der Arbeiterschaft sagen: Diese nationalistische Gesellschaft provoziert Euch bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit, wie sie es am Sonntag in der Magdeburger Straße amet ruhig ihrer Wege gehenden roten Frontkämpfern gegenüber getan haben. Deshalb rufe ich Euch zu: tretet heran an diese nationalistisch verführten Elemente, überzeugt sie davon, daß sie nur als willenlose Objekte der herrschenden Klasse benutzt werden, daß sie als Arbeiter sich unbedingt der Arbeiterklasse wieder anschließen müssen.

Wie die Fürsten, so die Pfaffen

Fürsten und Pfaffen haben sich von jeher an Frechheit und Unverschämtheit gegenüber dem arbeitenden Volke gegenseitig überboten. Jene durch rücksichtslose, brutale Gewaltherrschaft und die andern durch ihr heuchlerisches Spiel und der systematischen Volksverdummung. Man darf sich also nicht wundern, wenn auch die „Gesalbten", nachdem die von Gott begnadeten Hohheiten ihre Milliardenforderungen der Republik präsentiert haben, ebenfalls für ihr leibliches Wohl zu sorgen anfangen und den republikanischen Staatsäckel etwas zu spicken versuchen.

In Aschersleben sollen für ausgediente Pastoren 30 Siedlungshäuser errichtet werden. Logischerweise müßte das Kapital für dieses Bauprojekt auch die Kirche aufbringen, was nur durch Erhöhung der Kirchensteuer möglich wäre. Da die Diener in Christo befürchten müssen, daß eine höhere Kirchensteuer die frommen Schafe erschrecken und einen leeren Schafstall mit sich bringen könnte, lanciert der Evangelisch-soziale Preßverband ein Dementi in die bürgerliche Presse und läßt mitteilen, daß man wohl daran denke, für Ruhestandspastoren in Aschersleben bauen lassen will, daß die Gelder aber nicht durch Erhöhung der Kirchensteuer, sondern aus staatlichen Mitteln beschafft werden sollen.

Reicht man dem Teufel den kleinen Finger, dann nimmt er die ganze Hand, sagt ein altes Sprichwort. Aehnlich verhält es sich mit den Fürsten und Pfaffen. Nachdem diese gesehen haben, daß die Revolution von 1918 an ihnen vorübergegangen ist, ohne ihnen auch nur ein Haar zu krümmen, fühlen sie sich heute bereits wieder soweit Herr der Lage, daß man über ihre Unverschämtheiten staunen muß. Die Kosten dieser 30 Siedlungsbauten soll der Staat, also die werktätige Masse zahlen oder vorstrecken. Nach den bisherigen Erfahrungen kann man ohne weiteres annehmen, daß diese pfäffischen Wünsche auch keine „frommen Wünsche" bleiben. Um so mehr hat die Arbeiterschaft alle Ursache, gegen die Unterstützung des unproduktiven Gelichters durch den Staat in aller Schärfe zu protestieren. Immer mehr und lauter muß sich die Forderung aller werktätigen Steuerzahler erheben:

Keinen Pfennig für abgetakelte Fürsten und Pfaffen!

Das Wasserbauamt meldet sich

Herr Landrat Müller hat sich nicht geäußert, die famose Firma Griesler hat nichts von sich hören lassen — nur das Staatliche Wasserbauamt meldet sich, um zu dem bei Lettin gesunkenen Saalekahn Stellung zu nehmen. Damit sind die im „Klassenkampf" angegebenen Tatsachen bestätigt worden, denn auch das Wasserbauamt bringt keine preßgesetzliche Berichtigung, sondern nur einen Hinweis auf zwei Punkte, zu denen es „berichtigend Stellung zu nehmen hat". Es heißt da:

„Das Wasserbauamt und die Strommeisterei hatten lediglich schiffahrtspolizeiliche Maßnahmen zu treffen und darauf zu halten, daß diese bis zur Beendigung der Unterbrechung der Schiffahrt durch Hochwasser durchgeführt wurden."

Lenin Liebknecht Luxemburg

Gedächtnis-Feier

morgen, Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des „Volksparks". Zur Aufführung gelangt unter anderem:

Karl Liebknechts Schatten

Eine Szene aus der Kriegszeit

Karten zu 30 Pfennig nur noch an der Abendkasse.

KJVD., Ortsgruppe Halle.

Geteilter Schmerz ist halber Schmerz. Es ist ja eben die in unserem Artikel über diesen Fall gekennzeichnete Anarchie, daß die anscheinende Nichtverantwortung gewisser Behörden dem Unternehmertum krasseste Ausbeutung der Arbeiterschaft ermöglicht. Die schiffahrtspolizeilichen Maßnahmen „erstreckten" sich eben nicht darauf, daß richtige Löhne gezahlt wurden und daß das Eingreifen der Tens verhindert wurde. Das Hindernis für die Schiffahrt ist schnell wie möglich zu beseitigen, hat aber sicherlich im schiffahrtspolizeilichen Interesse gelegen, und da hat man der Wahl der Mittel — eben dem Einsetzen der Technischen Nothilfe — gewiß weniger als ablehnend gegenüber gestanden.

Wichtiger als diese Frage ist jedoch im Zusammenhang mit dem Staatlichen Wasserbauamt der zweite von ihm „berichtigte" Punkt: „Die Beseitigung des sogenannten Lettiner Felsens, d. h. der über die Flußsohle der Saale ragenden festigen Erdengegen unterblieb nicht wegen der Kosten, sondern weil die Flußsohle zwischen den festigen Erhebungen und dem rechten Ufer in der erforderlichen Tiefe ausreichende Breite hat. Der linke Rand des Fahrwassers wurde mit dem vorschriftsmäßigen Schifffahrtszeichen gekennzeichnet."

Das „vorschriftsmäßige Schifffahrtszeichen" ist aber bei Hochwasser nicht zu sehen; das war ja der Kardinalfehler, an dem auch der Weizenkahn diesmal scheiterte, und selbst wenn man es hätte sehen können, so war es eben nicht möglich, trotz der angeblich „ausreichenden Breite" der Saale, den Kahn an dem Felsen vorbeizudirigieren. Es muß doch also ein Grund für das Sinken vorhanden sein, und es bestand die Möglichkeit, den Fehler zu beheben. Wie das Wasserbauamt selbst zugibt, hat dort auch ein Güterdampfer einen Unfall gehabt, was mit den von uns genannten Fällen eine Summe von fünf gesunkenen Schiffen ergibt. Das Wasserbauamt meint hierzu:

„In dem gedachten Aufsatz wird behauptet, daß vor dem jetzigen Schiffsunfall dieselbe Stelle schon einem mit Zucker beladenen Kahne und zweimal Personendampfern zum Verhängnis wurde. Dem Wasserbauamt ist ein Unfall, und zwar eines Güterdampfers, bekannt. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn die Schriftleitung dem Wasserbauamt nähere Angaben über die erwähnten drei Unfälle zukommen lassen würde."

Die Lettiner Einwohnerschaft ist über die drei Unfälle genau orientiert, und es würde die Kenntnisse der Herren vom Wasserbauamt sehr bereichern, wenn sie sich zwecks Nachforschung nach Lettin begeben würde.

Halles Einwohnerzahl

Vom Statistischen Amt Halle wird uns geschrieben:

Halles Einwohnerzahl hat am 1. Januar 1926 die Zahl von 195 484 Personen erreicht. Sie ist damit wieder ein wenig gestiegen, denn am 1 Dezember 1925 waren 195 389 Einwohner nach der Fortschreibungsstatistik vorhanden.

In der Zusammensetzung der Einwohnerzahl nach dem Geschlecht zeigt sich eine zwar bescheidene, aber doch deutliche Zunahme des Anteils der männlichen Personen. Zwar ist das Friedensverhältnis noch 48.2 Prozent Männern und 51.3 Prozent Frauen in der Gesamtbevölkerung der Stadt noch nicht erreicht, aber wir haben jetzt bei einem Anteil von 47,6 Prozent Männern auf 100 Einwohner.

Wir verdanken diese leichte — wie man wohl sagen darf — Besserung, wenn wir die zahlenmäßige Parität mit je 50 Prozent für jedes Geschlecht als das Ideal ansehen, der günstigen Knabenüberschüssigkeit in unserer Stadt, die für Dezember 1925 wieder zu bestätigen ist, und einer zwar unbedeutenden, aber doch vorhandenen Ueberlegenheit der männlichen Personen im Zuzug.

Im Vergleich zum 1. Januar 1925 hat die Stadt Halle im abgelaufenen Jahre, auf die berichtigte Einwohnerzahl dieses Tages bezogen, um 2395 Personen zugenommen und dabei gleichzeitig die Anzahl der männlichen Personen auf 93 073 gesteigert.

Wir dürfen aber nicht übersehen, daß es doch noch rund 9300 weibliche Personen mehr gibt, als männliche. Am stärksten ist dieses Mißverhältnis der Geschlechter immer in den sonst üblichen Heiratsjahren, d. i. bei den Männern, die etwa 26 bis 35 Jahre alt sind und den um etwa 4 bis 5 Jahre jüngeren Frauen.

So kommt es, daß die Ehescließungen schon aus diesem physiologischen Mißstand heraus, den wir erst in einigen Jahren überwunden haben können, noch abnehmen. Es sind in Halle geschlossen wo den in 1922: 2443 Ehen, 1923: 2194 Ehen, 1924: 1516 Ehen, 1925: 1412 Ehen.

Der Aufstieg der Sozialrentner

Vom Zentralverband der Invaliden wird uns geschrieben:

Am Sonntag, dem 17. Januar, vormittags 10 Uhr, fand im „Volkspark" die 5. Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle, statt. Trotz des Wetters, das den alten Leuten das Laufen fast unmöglich macht, war die Versammlung gut besucht. Der Tätigkeitsbericht wurde von dem 1. Vorsitzenden, K. Schoenlank, gegeben und zeigte ein erfreuliches Bild des Aufstieges der jungen Selbsthilfebewegung der Sozialrentner. Seit dem 1. Januar 1925 hat sich die Mitgliederzahl fast um 50 Prozent vermehrt. Es wurden zehn öffentliche Versammlungen, ein Konzert und eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Die Verhandlungen mit den städtischen Behörden nahmen meist einen erfreulichen Verlauf. Dem Verband ist es gelungen, in alle Fürsorgestellen Sozialrentner als Vertreter zu entsenden. Freilich gab es auch viele Nackenschläge. Interessant waren die Ausführungen des Vorsitzenden über die außerordentlich zunehmende Sterblichkeit in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Ein Beweis dafür, wie die steigende Teuerung auf die Lebenshaltung der alten Arbeitsveteranen wirkt.

Die Rechtspflege entwickelte sich gut. Es wurden viele bemerkenswerte Entscheidungen, namentlich in der Unfallfrage erzielt oder werden noch durchgeführt. — Trotz der Schwere der Zeit hat die Invalidenhilfe sich durchhalten lassen, wenngleich das mit großen Opfern an Zeit und Arbeit ermöglicht werden mußte. Der Vorstand dankte dann denjenigen Körperschaften und Privatpersonen, die interessiert dem Zentralverband und der Invalidenhilfe in großzügiger Weise entgegengekommen sind.

Der Kassenbericht wurde von dem Kollegen Brese gegeben und wies einen erfreulichen Stand auf. Kollege Becker sprach, von dem Ohmann Ferchlandt ergänzt, über den Stand der Invalidenhilfe.

Es setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der Kritik an den Dingen geübt wurde, die verbesserungsbedürftig waren. Die Debatte zeigte, daß die alten Herrschaften noch recht kluge und streitbare Geister für ihre Interessen sind.

In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Schoenlank und Becker als Vorsitzende, Kollege Kersten und Frau Hartmann als Kassierer, die Kollegen Jescht und Frau Bornack als Schriftführer, als Revisoren die Kollegen Ferchlandt, Brese und Hanke.

Es wurde eine Resolution gegen die Fürstenabfindung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die am Sonntag, dem 17. Januar, im „Volkspark" abgehaltene Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle, wendet sich entschieden gegen jegliche Abfindung der Fürstenhäuser, denn für die notleidenden Invaliden ist kein Pfennig da, während für die Fürsten Millionen vorhanden sind. Sie fordert alle Arbeiter- und Rentnerorganisationen auf, unverzüglich die Vorbereitungen zur Herbeiführung eines Volksentscheides zu treffen."

Die IAH. will eine Nähstube einrichten

Die Internationale Arbeiter-Hilfe teilt uns mit:

Die furchtbare Wirtschaftskrise bringt eine große Anzahl Familien der Werktätigen in die Gefahr völliger Verelendung. Viele Männer, Frauen und Kinder haben nicht die notwendigste Kleidung, um sich vor der Kälte zu schützen.

Hier soll die proletarische Hilfsbereitschaft helfend eingreifen.

Wir gebrauchen sofort einen großen Raum für eine Nähstube zur Herstellung neuer und Ausbesserung gebrauchter Kleidungsstücke und Wäsche. Wer stellt einen heizbaren Raum zur Verfügung?

Angebote werden im Bureau Dorotheenstraße 1 (Tel. 5950) angenommen.

Bund der Freunde der IAH., Ortsgruppe Halle.

Grützner lehnt Sammlung für Rote Hilfe ab

In Merzdorf sollte eine Sammlung der Roten Hilfe durchgeführt werden. Die Kameraden vom Roten Frontkämpfer-Bund wandten sich dieserhalb zunächst an die Gemeindebehörde, wurden dann an den Landrat verwiesen, und von dort an die Regierung in Merseburg, die betreffs der Genehmigung zuständig sei. Dieser Tage traf Bescheid dahingehend ein, daß die Genehmigung zur Sammlung versagt sei. Wahrlich, echt Grützner-System!

Nun ist aber dabei der Fall zu verzeichnen, daß die Sammellisten, die mit dem Antrag auf Genehmigung eingereicht worden waren, nicht mit zurückgegeben worden sind. Was wollen denn die Behörden mit diesen Listen eigentlich anfangen? Die Listen sind Eigentum der Antragsteller, also heraus damit! Herrn Grützner sei aber gesagt, daß die Sammlung doch vor sich gehen wird, wenn nicht öffentlich, dann eben auf andere Weise. Das weiß man wohl und gibt deshalb die Listen nicht zurück. Wahrlich nette Zustände!

Ausstellung Gesundheitspflege

Am Mittwoch, dem 20. Januar, nachmittags 6 Uhr, findet in der Ausstellung „Gesundheitspflege" — Aula der Talamtschule — eine öffentliche Führung durch Herrn Stadtarzt Dr. Nebert statt.

Wir weisen darauf hin, daß die Ausstellung nur noch bis 24. Januar geöffnet ist, ihr Besuch in den wenigen noch in Betracht kommenden Tagen wird daher empfohlen.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Montag, pünktlich 7 Uhr im „Volkspark" Sprechchor-Probe zur 22-Feier.

8 Uhr Generalprobe zur Jugendfeier im kleinen Saal. Musikspieler müssen um 8 Uhr erscheinen.

Zehnerführer müssen heute Karten abrechnen.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Heute abend 7 Uhr Sprechchorprobe im „Volkspark".
Bezirk 4: Montag abend 8 Uhr im „Volkspark" Versammlung.
Bezirk 1: Dienstag abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.
Bezirk 2 und 3: Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.
Donnerstag abend 6 Uhr Ueben des Spielmannszuges im „Volkspark".
Freitag abend 8 Uhr im „Volkspark" LZZ-Feier der Partei.
Sonnabend nachmittag 4 Uhr Produktiv-Genossenschaft Funktionärsitzung. Alle Obleute, Kassierer sowie sonstige Funktionäre haben hier zu erscheinen.
Kassierer haben ihre alten Listen mitzubringen.
Wir bitten die Genossen am Freitag zur Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier der Partei recht zahlreich in Pionierkleidung zu erscheinen.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die dritte Januar-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern.

Der Verlag.

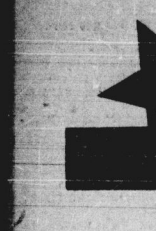
Dienstag, vormittags 10½ Uhr, im „Volkspark"

Große Erwerbslosen-Versammlung

Thema: „Die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung"

Der Erwerbslosen-Ausschuß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0005



Arbeiter-Sport

Berichterstatter-Sitzung

In der am Sonntag, dem 17. Januar 1926, im „Volkspark" stattgefundenen Berichterstatter-Sitzung waren 17 Vereinsvertreter anwesend. Der Obmann, Sportgenosse Pabst, eröffnete die Sitzung um 10.20 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste; 2. Eingänge und Anträge; 3. Bericht des Obmanns über die Tätigkeit der Zentrale in den Monaten November und Dezember; 4. Wahl eines Stellvertreters des Obmanns; 5. Wahl eines Schriftführers; 6. Verschiedenes. Eingänge lagen von Sportbrüder 1925, Diemitz und Zörbig vor. Alle diese Eingänge wurden einstimmig für gut geheißen. Sportgenosse Oertel (Schwimmer) führte in einem Antrag an, daß sämtliche fehlenden Berichterstatter mit 1 Mark Strafe belegt werden sollen. Richter (Fortuna) wandte sich dagegen. Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 1 Stimme abgelehnt. Zu Punkt 3 gab der Obmann einen längeren Bericht über die Tätigkeit der Zentrale. Am Schluß seiner Ausführungen gab er noch bekannt, daß der Film: „Die Neue Großmacht" für die Presse vorgeführt wird, wozu auch die Berichterstatter freien Zutritt haben. Punkt vier konnte nicht erledigt werden, da der in Betracht kommende Sportgenosse Friedrich (Giebichenstein) erkrankt ist. Dies wird also in der nächsten Sitzung erledigt. Punkt 5 fand seine Erledigung, indem der Sportgenosse Friedemann (Bitt.) einstimmig als Schriftführer gewählt ist. Unter Punkt 6: „Verschiedenes", gab es eine ziemliche Aussprache. Zuerst ergriff der Obmann das Wort. Er erörterte kurz die Angelegenheit über die Telephonanlage, welche nicht zur Ausführung gelangt, da doch in Kürze hier in Halle sich verschiedenes ändern wird.

Die am 14. März in Magdeburg tagende Landeskonferenz der Kartelle wird vom Obmann beschickt. Die finanzielle Lage wird noch geregelt werden. Die Sportgenossen Runge (Bruckdorf) und Richter (Fortuna) ergriffen auch zu dieser Sache das Wort. Beide Redner deckten ihre Ausführungen mit den des Sportgenossen Pabst. Sportgenosse Runge (Bruckdorf) bat, daß die ländlichen Vereine von der Zentrale etwas mehr unterstützt werden sollen.

Sportgenosse Pabst gab noch bekannt, daß sämtliche Resultate am Sonntagabend nach dem „Volkspark" oder bis Montag an die Adresse des Obmanns zu richten sind. Sportgenosse Mertins (Wörmlitz) führte an, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Kinos besuchen, wo doch nur verkappte, militärische Filme vorgeführt werden. Die Schuld liegt daran, daß diese Arbeiter die bürgerliche Presse lesen. Oertel (Schwimmer) sagte, daß in den Vereinen dahin gewirkt werden müßte, daß sämtliche Mitglieder nur die Arbeiterpresse lesen. Richter (Fortuna) kritisierte die einseitige Haltung von verschiedenen Sportberichten. Es soll in Zukunft durch Streichung dieser Zeilen durch die Zentrale Abhilfe geschaffen werden.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr mittags.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", 2. Bezirk

Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 Uhr, findet eine

Bezirkskonferenz

in Kelbra, Lokal „Sängerhalle" statt.

Die Züge Kassel und Nordheim haben 7.08 Anschluß.

Tagesordnung: 1. Feststellung der anwesenden Ortsgruppen. 2. Bericht des Bezirksleiters (Stracker). 3. Bericht des Bezirksfahrwarts (Wiefeler). 4. Bericht der Ortsgruppen. 5. Wahl des Bezirksleiters, Fahrwartes, Sportausschusses. 6. Wahl eines Delegierten zum Gautag. 7. Eventuelle Gründung einer Verkaufsstelle vom Fahrradbau „Frisch-Auf". 8. Vortrag „Der Arbeitersport" (Stracker). 9. Bezirksfest. 10. Vergebung der Vereinsfeste. 11. Ausflüge der Bezirksmeisterschaft. 12. Sonstige Anträge und anderes.

Jede Ortsgruppe hat mindestens einen Delegierten zu entsenden (siehe Bundesstatut).

Anträge, welche beraten werden sollen, müssen bis zum 20. Januar 1926 in den Händen der Bezirksleitung sein.

Bezirksvorstandssitzung am 23. Januar in Salza.

Die Bezirksleitung. Stracker.

Bezirkstag der Wassersportler des 8. Bezirks in Wittenberg

Am Sonntag, dem 17. Januar, fand in Wittenberg der Bezirkstag der Wassersportler des 8. Bezirks statt. Anwesend waren die Vertreter aus Kleinwittenberg, Elster, Wolsen und Wittenberg sowie als Vertreter der Kreissportleitung Genosse W. Thamm (Weltin). Die Jahresberichte waren ausführlich und lauteten für die Bewegung günstig. Hervorzuheben ist der Mitgliederzugang.

Eine Diskussion der Berichte fand nicht statt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab der Kreisschwimmwart Genosse Thamm einen ausführlichen Bericht über die Situation im Kreise.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis: Spartenleiter und Schwimmwart Genosse H. Marquardt (Kleinwittenberg), Wasserfahrwart Genosse W. Köppe (Wittenberg), Kassierer Genosse Winkler (Kleinwittenberg), Wasserballobmann Genosse Lehmann (Wittenberg), Revisoren Genosse Otto (Wittenberg) und Genosse Schubert (Piesteritz).

An Schwimmfestterminen wurden festgelegt: 9. Mai Wolsen, 20. Juni Wittenberg, 4. Juli Bezirksschwimmfest in Elster.

Folgende Anträge wurden angenommen: Jeder Verein ist verpflichtet, die Bezirksvereine zu besuchen, anderenfalls Startverbot. — Der Spartenbeitrag bleibt in der alten Höhe. — Ferner wurde ein Antrag an den Bundesvorstand beschlossen, der sich gegen die Fürstenabfindung ausspricht.

Schluß der Tagung 5¼ Uhr.

Arbeiter-Sportkartell Halle (S. B.)

Dem Kartell Halle ist es gelungen, am 28. und 29. Januar den Film „Die neue Großmacht" im „Volkspark" zur Aufführung zu bringen. Der Filmabend wird durch ein paar bestens Filme verwendbar. Um auch den Ortsfremden einen Besuch des sehr lehrreichen Abends zu ermöglichen, richten wir an alle Vereine der näheren Umgebung von Halle das Ersuchen, Karten im voraus zu bestellen, damit jedem Bedienung getragen wird. Karten im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf., Kinder 25 Pf. Am 28. und 29. Januar finden nachmittags 4 Uhr Aufführungen für Schüler und Kinder statt unter Mitwirkung eines Kinderchores. Am 28. und 29. Januar, abends 8 Uhr, Aufführungen für Erwachsene. Vereine von den Ortsfremden wollen sich sofort mit dem Kartell in Verbindung setzen.

Die Jahreshauptversammlung findet am Dienstag, dem 19. Januar abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Das Erscheinen jedes Vereins ist Pflicht.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen. 3. Filmangelegenheit 28. und 29. Januar. 4. Verschiedenes.

Folgende Vereine wollen sofort ihren Fragebogen einsenden: Achilles, Adler, Atlas, Minerva, Krällwitz, Teutha, Fichte, Schachverein, Esperanto, Naturfreunde, Radler. Alle Delegierten haben am Dienstag ein Mitgliederverzeichnis ihres Vereins und Mandat mitzubringen, sonst kein Stimmrecht.

Die Ausgabe der Vorverkaufskarten zur Filmaufführung am 28. und 29. Januar findet am Dienstag in der Sitzung statt. **Der Vorstand.** J. A.: Otto Eurich.

„Die neue Großmacht" läuft in Halle

am 28. und 29. Januar im „Volkspark"

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Allen Fußballvereinen des Bezirks zur Kenntnis, daß am 28. und 29. Januar im „Volkspark" der Film

„Die neue Großmacht"

zur Aufführung gelangt. Vereine, setzt Euch sofort mit dem Kartell in Verbindung in bezug Vorverkaufskarten. Da der Film nur zwei Tage in Halle läuft, ist mit einem starken Besuch zu rechnen. Da der Film gerade für den Fußballsport sehr lehrreich und interessant ist, so wünschen wir von allen Vereinen des Bezirks einen zahlreichen Besuch. Da auch sehr lehrreiche Aufführungen in bezug der Jugend und Kinder im Film vorhanden sind, finden am 28. und 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, Kindervorführungen mit vollem Prog.amm statt. Kinder zahlen 25 Pf.

Die Vorführungen für Erwachsene finden am 28. und 29. Januar, abends 8 Uhr, statt. Eintritt 70 Pf., im Vorverkauf 60 Pf.

Der Vorstand. J. A.: Otto Eurich.

Schkeuditz — „Die neue Großmacht"

Das Arbeitersportkartell Schkeuditz zeigt den Film in den nächsten Tagen im Rahmen einer Werbeveranstaltung, in der auch sportliche Darbietungen vorgeführt werden. Als Abende sind festgesetzt: Dienstag, 19. Januar, und Mittwoch, 20 Januar, je jeweils abends 8 Uhr. Außerdem ist ein Kinder-Werbe-Nachmittag für Mittwoch nachmittag 3 Uhr (Einlaß 2 Uhr) festgesetzt.

Die Arbeiterschaft von Schkeuditz und Umgegend wird gebeten, diese Veranstaltungen zu besuchen.

Sportnachrichten

Um die Kreismeisterschaft

Fortuna 1. — Delitzsch 1. 4:1 (Satz 5:5)

Dieses Spiel wurde bei einer Schneedecke, die ziemlich hoch war, ausgetragen. 2.20 Uhr wurde das Spiel von dem Schiedsrichter aus Schönebeck angepfiffen. Delitzsch hatte Anstoß, welcher entbunden wurde, aber sofort bekam Delitzsch den Ball wieder und geht durch und kommt in der vierten Minute zum ersten Tor. Zehn Minuten später gleicht Dölau durch einen Strafstoß aus. Beide Mannschaften gehen auf Sieg. Die Verteidigungen beiderseits klären sicher. Das Tempo bleibt flott und es wurden sichere Sachen ausgelassen. In der 35. Minute wurde von Dölau ein Elfmeter glatt verwandelt. Dann ging es mit 2:1 ohne Pause weiter. Fortuna geht auf Sieg und kann das Resultat in der 36. Minute auf 3:1 und in der 70. Minute auf 4:1 bringen. Delitzsch aus sich heraus und drückt mächtig nach Dölaus Tor. Ein Eckball für Delitzsch wurde über die Latte geschossen. Das Spiel ging noch hin und her, dann ertönte der Schlußpfiff.

Fußball und Handball im Schnee

Infolge Austragung eines Kreisme isterschaftsspieles in Mauern waren nur wenige Spiele abgeschlossen. So spielte Fortuna 1. NSC. 2. 8:3, ein ziemlich hohes Resultat. Fortuna 3. — NSC. 1. ein Unentschieden, mit 7:7 heraus. Wörmlitz Jugend hatte 3:2 Halle 1. Jugend zu Gaste und konnte selbige mit 4:3 besiegen. Wörmlitz unterlag Fichte 2. Jugend gegen Mineros Jugend mit 3:2.

Sportbrüder 1. weilte in Naumburg beim VfL. 88 1. Spielte 1½ Uhr pfiff der Schiedsrichter das Spiel auf dem Platz verscheuchten Pfiff. Spiel war einer heftigen Zuschauerzahl an. In den ersten Minuten hatten die beiderseitigen Stürmertreiben die gegnerischen Tore. Doch alles wird bis Beute der guten Torwärter. In der 10. Minute kann der rechte Läufer durch einen blendenden scharfen Schuß das erste Tor erzielen. Ja der 14. kann der Mittelstürmer durch gutes Durchspielen das Resultat auf 2:0 Kurz darauf kann der Linksaußen von Naumburg durch scharfen Schuß Resultat auf 2:1 für Halle. Nach Seitenwechsel wandelt der Halblinke von Halle durch haben Ball Tor Nr. 3. Naumburg jetzt um, was sich auch bewährte. Der Halbrechte von Naumburg kann in Abständen durch scharfe Schüsse das Resultat auf 3:3 stellen. Bei diesem Stand erlöste halbzeit der Schlußpfiff. Das Resultat entspricht ganz dem Spiel. Beide Mannschaften ließen infolge hohen Schnees gute Leistungen aus. Sportbrüder war der 6. Bezirk im 2. Kreis würdig vertreten.

Ammendorf und Frisch auf, Beide teilten sich die Punkte. Ja trotzdem Fichte 1. schlug erwartungsgemäß NSC. 1 mit 7:0. Auch NSC. 3 mußte mit 2:0 Fichte 2. bezwingen. Es Betracht zu ziehen wird, daß NSC. 3 zehn Mann, dann sogar mit 9 Mann spielen mußten. Die Schwimmer trotzen Sportlust nicht an. Haben die Wasserleute vielleicht Angst vor dem Schnee?

Wörmlitz 1. — Kröllwitz 1. 0:2

Wörmlitz 2. — Diemitz 1. 3:0.

Fichte 2. — NSC. 2. 3:0 (1:0).

Der Schiedsrichter (Dölau) gibt 2.15 Uhr den Ball frei. Sofort nach Anstoß entwickelt sich ein flottes Spiel. Auf und ab geht es. In der 3. Minute kann durch links das erstemal einsenden. Kurz darauf Halbzeit. Nach Seitenwechsel macht sich eine Ueberlegenheit bei F. bemerkbar. Mit viel Glück hält sich NSC. Der rein. F. kann aber trotzdem noch zweimal erfolgreich sein. Der Schiedsrichter war gut.

Sportlerinnen

Fichte — NSC. 2:0 (2:0). Trotz des hohen Schnees trugen obige Damen ihr fälliges Serienspiel aus. Auf und ab geht der Kampf. In der 11. Minute es F. vergönnt, durch schönen Wurf die Führung zu übernehmen. Bei 3 Minuten später kann F. zum zweiten Male erfolgreich sein. An Spielen kann man NSC. bis Halbzeit nichts ändern. Nach Wiederbeginn legt NSC. alles um ebenfalls erfolgreich zu sein. Beide Mannschaften unternehmen schöne Durchbrüche, die aber jedesmal durch mangelhaftes Mittelvorspagen in Verfehlen. Mit 2:0 konnte F. als Sieger den Platz verlassen.

Sportfest — Freitag 7:0.

6. Bezirk, 1. Gruppe. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark" unser Gruppentag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Feststellung. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahlen. 4. Gruppenleiter. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. Die Besichtigung erfolgt nach dem Vereinskalender. Die Vereinsmitglieder müssen mit schriftlichem Mandat versehen sein. Anträge sind acht Tage vorher den Vereinsleitern einzureichen. Die Gruppenleitung.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Spiele am Sonntag, den 24. Januar, im „Volkspark":

4. Gruppe: Liesau — Neumark, 8 bis 12 Uhr; vormittags; Teutschenthal — Canena, 12 bis 4 Uhr nachmittags; Pelau — Delitz 4 bis 8 Uhr nachmittags. 2. Gruppe in Passendorf: Freie Neune — Halle-Süd, 8 bis 12 Uhr vormittags; Lins — Schiepzig, 12 bis 4 Uhr nachmittags; Freie Kegelbrüder — Heiligfeld, 4 bis 10 Uhr nachmittags; Jugendmannschaft 5 Uhr.

Am 10. Januar fand das Wettspiel Adele Brüder, Passendorf, gegen Germania Grositch statt. Es erzielten Passendorf 1228 Punkte, Grositch 1230. Bestes Resultat für Grositch von 31,9 Punkten. Am 11. Januar zog unser Jugendmann Walter Göße vom Jugendklub Bahn frei auf 50 Kugeln den Schnitt von 310 heraus. J. A.: Hermann Bi.

Bezirk Halle des Arbeiter-Athletenbundes

Bei der am 17. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde der Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender K. Philipp, 2. Vorsitzender E. Mertin, 3. Kassierer E. Gittel, Schriftführer E. Wobbel, Technischer Leiter H. Mittig. In Anerkennung der Neuzugewiesenschaft Germania-Zellenfeld. Im Gewichtsheben zwei Rekorde als Bezirksrekorde.

Sportverein Kitzler-Germania Bruckdorf. In der Generalversammlung am 3. Januar wurden folgende Sportgenossen in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Otto Runge, Bruckdorf, Halliche Straße 6; 1. Schriftführer Walter Hoffmann, Bruckdorf, Bergstraße 3; Kassierer Otto Hoffmann, Lauchstädt, Spitzer Straße; Bruckdorf, Halliche Straße 3. Anschriften an Sportgenossen Lehsche.

Sportklub Halle von 1905, Bfl. In der Generalversammlung, die am 16. Januar, wurde der Kassierposten gesagt, eine Vorabrichtung des Lebens an unser Leitung. Besonders überzeugt der Sportgenosse Fred Dietrich, der wie bei Vorstand des Arbeiter-Athletenbundes ist. Interessenten, die sich den Sport widmen wollen, sich willkommen. Anmeldungen werden Mittwoch, den 20. Januar, in der Turnhalle der Gutenschule von 7 Uhr an angenommen. Auch in Abteilungsfunde werden Anmeldungen dazu entgegengenommen.

Arbeiter-Radler-Klub Halle. Mittwoch, den 20. Januar, im Gewerkschaftshaus (Zimmer 1a) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Ingenieurs Vortrag. 3. Wichtige Besprechungen betr. unserer Ausflüge. 4. Wahl einer Delegierten zur Reichskonferenz. 4. Allgemeine Aussprache. Es ist Pflicht, jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Tel. Die Naturfreunde, Ortsgruppe Halle. Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Heim Weidenplan Sitzung des engeren Vorstandes.

Verantwortlich: Max Ledemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. A.: Willy Bernau, Halle. Verlagsanstalt

Dauerwäsche, Wringmaschinen, Walzen Gummi-Bieder, G

15)

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

Die drei saßen in Harvey Words Arbeitszimmer. Auch die Einrichtung dieses Raumes verriet zumindest einen seltsamen Geschmack. Ueberall hingen Bilder des Hasses und des Grauens. Und unter dem einzigen heiteren Bild, dem Porträt einer schönen jungen Frau, war ein kleiner Revolver angebracht, unter dem auf der rotgetünchten Mauer in schwarzen Lettern geschrieben stand: „Auge um Auge, Zahn um Zahn".

„Geben Sie mir Ihr Notizbuch, O'Keefe", bat Word. „Ich möchte mir die Antworten des alten Mannes noch einmal ansehen. Vielleicht gelingt es mir dennoch, einen Sinn zu entdecken."

O'Keefe reichte ihm das Buch und Word las: „Jugend" — „Mahninn".

„Hier ist der Zusammenhang völlig unverständlich", meinte der Psychiater. „Ebenso bei den folgenden Worten: Schönheit — Tod." Er las weiter: „Wasser — blau".

„Sie dürfen nicht vergessen, daß der alte Mann, als er diese Antwort gab, einen Teich sah, der eine ausgesprochen grüne Farbe hatte", warf O'Keefe ein.

„Ja. Diese Antwort könnte bedeuten, daß der alte Mann irgendwo im Süden gelebt hat, wo das Meer besonders blau ist. Wir wollen auf jeden Fall den Süden festhalten. Auf die nächste Frage gibt er keine Antwort." Harvey las nun weiter, übersetzte stirnrunzelnd eine Weile. Die beiden anderen schwiegen, lauschten gespannt.

Schließlich erklärte der Psychiater: „Ja, ich kann in den folgenden Worten und Antworten einen gewissen Sinn finden, ob er freilich der richtige ist ... Paß einmal auf, Jack: der alte Mann antwortet auf „Schiff" nicht, wie es jeder andere getan hätte, mit „Wasser" oder „Segel" oder „Matrose", sondern mit „Flintenmänner", auf „Tag" mit „Arbeit", was an und für sich nicht unwahrscheinlich ist; auf „Nacht" aber erwidert er nicht etwa, wie zu erwarten wäre „Schlaf", oder „dunkel", oder „Bett", sondern „Gefängnis". Aus diesen vom Gewöhnlichen abweichenden Antworten konnte man folgern, daß der alte Mann ein Zuchthäusler oder zu Zwangsarbeit verurteilt war. Was meinst Du dazu, Jack?" „Es könnte stimmen", entgegnete Benson nachdenklich.

„Jetzt kommt noch dazu die Antwort auf „Heim" — „Wasser" und „Land". Verbindet sie mit „Schiff", „Flintenmänner"; meiner Ansicht nach bedeutet dies, daß der Alte mit einem Transport Sträflingen auf eine Insel in einem südlichen Meer geschafft wurde."

Harvey Word verstummte und zündete sich eine Zigarette an.

„Sie haben da äußerst scharfsinnige Folgerungen gezogen, Word", meinte O'Keefe. „Aber leider bringen sie uns nicht um einen Schritt weiter."

„Sie müssen mit Ethel Bright in Verbindung bleiben", sagte Jack Benson. „Vielleicht kann sie uns dennoch bei der Lösung des Rätsels behilflich sein."

„Sie behauptet noch immer steif und fest, daß der alte Mann ihr Onkel John sei."

Benson zuckte die Achsel. „Was nützt das alles, wenn der Alte der Mann ist?" brummte er.

„Wenn sich der Alte in Neuyork befindet, so werde ich ihn entdecken", erklärte Harvey Word unverrückt.

Benson lachte. „In unserem kleinen Dorf Neuyork ist es so leicht, einen Menschen zu finden."

Harvey Word lächelte: „Du vergißt Tommy."

„Dein Tommy", neckte Benson, „das achte Weltwunder, das größte Genie der Neuzeit."

„Wer ist Tommy?" erkundigte sich O'Keefe.

„Words einzige Schwäche, ein einäugiger kleiner Taschendieb, den Word zu sich nahm, nachdem er einmal die Hand des Rangen in seiner Tasche fand. Tommy ist freilich ein prächtiger Bursche, klug, verschlagen, gewandt und bereit, für Word durchs Feuer zu gehen. Dennoch glaube ich nicht, daß selbst er die Nadel in diesem Heuhaufen zu entdecken vermag."

„Wir werden ja sehen", erwiderte Word. „Ich wette auf Tommy."

Am folgenden Tage beschloß O'Keefe, mit Ethel Bright zusammenzukommen und ihr über Harvey Words Ansichten zu berichten.

Er begab sich nach dem Brightschen Palais. Als er den alten Thomas fragte, ob Fräulein Bright zu Hause sei, erwiderte dieser: „Fräulein Bright ist gestern früh abgereist. Sie fühlte sich krank und der Hausarzt verordnete ihr schleunigste Luftveränderung."

O'Keefe tat einen leisen Pfiff.

„Wissen Sie vielleicht, wohin Fräulein Bright gereist ist?" fragte er.

„Nein. Herr Bright brachte seine Tochter selbst zur Bahn, einmal der Chauffeur fuhr mit."

O'Keefe strebte personnen weiter. Falls sie in diesem Gebiete tatsächlich auf Gegner gestoßen waren, so hatten diese Sie den ersten Zug getan und ihnen einen Bauer genommen.

Siebentes Kapitel: Im Lande des Weizens

Fred Mannister saß am Fenster des Abteils und blickte hinaus. Felder, Felder, Felder, so weit das Auge reichte, endlose Felder. Der Weizen leuchtete golden in der Abendsonne, die die Landschaft verklärte. Man hätte meinen können, Ceres lobten Land zu sein, im Reich der Fruchtbarkeit und des Ueberflusses.

Aber Mannister sah nicht nur die Geschenke einer großmütigen Erde an die Menschen; immer wieder fuhr der Zug an einem Elevator (Getreidescheune und Mühle mit Fahrstuhl) vorüber, und jedesmal deuchte es Mannister, als habe er unter dem blauen Himmel, inmitten der begnadeten Landschaft, ein Gespenst gesehen. Mannister hatte auf seiner Europareise die Ruinen der alten Burgen besucht, wo einst die Raubritter gehaust und ganze Landstriche in Angst und Schrecken versetzt hatten. Unwillkürlich dachte er nun an die mächtigen Steinruinen erinnert, denn der Elevator ist für das flache Land die Raubritterburg des Kapitalismus. Elevator-Mann freilich trägt nicht Panzer und Harnisch, seine Vasallen gibt es unzählige: alle die kleinen Farmer, die ihr Korn in seine Mühle tragen, hilflos zusehen müssen, wie sie genannt und bestohlen werden. Und gleich den alten Raubrittern ist auch der Elevator-Mann den Königen und Kaisern der Frucht unterthan, was er im kleinen Maßstab tut, wiederholt sich im großen. Herr und Knecht verfolgen dasselbe Ziel: Erhöhung des Brotpreises, das Ausplündern der Bevölkerung, auf dem Lande als auch in der Stadt.

Jahre hindurch war Dakota das Paradies der Elevatorritter gewesen; hinter diesen stand die Macht des Geldes, die Behörden beide Augen zu. Dann aber erhob sich die „Nonpartisan-League-Bewegung" und die Raubritter zur Wehr setzen. Sie taten es, riefen alle Kräfte der Gesellschaft und des Klassendünkels zu Hilfe. Seit der Gründung der „Nonpartisan-League" tobte ein erbitterter Kampf, aber sie merkten bereits zu erkennen, daß die „League" nicht die eigenste Waffe sei, um den Sieg zu erringen; sie bedurften einer stärkeren, radikaleren Organisation.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260118-19/fragment/page=0006